

# Nachhaltigkeit als Arbeitsprogramm

Etatrede des

Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz  
zum Doppelhaushalt 2020 | 2021

Mannheim 1. Oktober 2019



<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>Verlauf Doppelhaushalt 2018/2019 und Eckwerte der Haushaltsplanung 2020/2021</b>	<b>10</b>
<b>Personal und Organisation</b>	<b>14</b>
<b>1. ZUKUNFTSTHEMA: SOZIALE UND KULTURELLE TEILHABE, GESELLSCHAFTLICHES MITEINANDER UND LEBENSLANGES LERNEN</b>	<b>15</b>
<b>2.ZUKUNFTSTHEMA: GESUNDHEIT, WOHLBEFINDEN UND DEMOGRAFISCHER WANDEL</b>	<b>18</b>
<b>3. ZUKUNFTSTHEMA: GLEICHSTELLUNG, VIELFALT UND INTEGRATION</b>	<b>21</b>
<b>4. ZUKUNFTSTHEMA: DEMOKRATIE, ENGAGEMENT UND BETEILIGUNG</b>	<b>22</b>
<b>5.ZUKUNFTSTHEMA: DIGITALISIERUNG, INNOVATION UND ZUKUNFTSFÄHIGE WERTSCHÖPFUNG</b>	<b>23</b>
<b>6. ZUKUNFTSTHEMA: KLIMA, UMWELT UND ALTERNATIVE MOBILITÄT</b>	<b>26</b>
<b>7. ZUKUNFTSTHEMA: INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT, GLOBALE VERANTWORTUNG UND KONSUM</b>	<b>31</b>
<b>Schlussbemerkungen</b>	<b>33</b>



Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

der letzte Doppelhaushalt der Jahre 2018 und 2019 wurde Ihnen Anfang Oktober 2017 in einer Phase der Hochkonjunktur vorgelegt.

Wir haben uns ein gewaltiges Arbeitsprogramm aufgeladen, das bereits beschlossen oder in Vorbereitung ist und die nächsten Jahre bis über die Periode dieses Gemeinderats hinaus prägen wird.

Ungewöhnlich ist nicht, dass eine mittelfristige Haushaltsplanung fast ausschließlich von bereits getroffenen Entscheidungen geprägt ist – das ist das Wesen der Kommunalpolitik, die keine Gesetze beschließt, sondern Organisation und Infrastruktur entwickelt - sondern ungewöhnlich ist nach wie vor die Dimension des Programms.

Ich stelle dies an den Anfang, weil – gerade auch über unser traditionelles Gewicht, das wir allein zeitlich den Haushaltsberatungen geben – die neuen Mitglieder des Gemeinderats die Steuerung über den Haushalt nicht falsch einschätzen sollen. Die Verwaltung bringt den Haushalt ein, es ist aber im Wesentlichen das Ergebnis der gemeinsam formulierten Politik. Strategische Projekte und Impulse entwickeln sich – das ist kein Wunsch, sondern ein Befund – häufiger im Laufe der zwei Jahre als während der Haushaltsberatungen.

Die Anforderung, ein transparentes und taugliches System zur Prioritätensetzung und Steuerung zu haben, ist nach wie vor nicht vollständig erfüllt. Daran werden wir weiter arbeiten. Das Leitbild für die nächsten zehn Jahre, die strategischen Ziele, die Vorhabenliste, der Haushalt mit Zielen, Indikatoren und vor allem die Einzelmaßnahmen geben uns einen Rahmen, mit dem wir die Vielzahl der Einzelentscheidungen und unseren Alltag noch stärker überprüfen und gestalten müssen. Das gilt auch für den Gemeinderat selbst.

Lassen Sie mich ganz an den Anfang einen Appell stellen: Es ist der Appell für eine rationale Politik, die tatsächlich das wirksamste Mittel sucht, um Ziele zu erreichen. Die Mehrheit ist zurecht irritiert und empört über postfaktische Politik, die im Ergebnis unsere Demokratie und unser Leben bedrohen kann. Diese Erkenntnis sollte aber dazu führen, auch selbst zu überprüfen, inwieweit wir Glaubenssätzen und Überzeugungen über Wirksamkeit unterliegen, die mit der Realität wenig zu tun haben. Das gilt von der Bildungs- und Arbeitsmarkt- bis zur Verkehrspolitik. Eine Entscheidung, die nichts bewirkt, aber Ressourcen verbraucht, ist eine schlechte Entscheidung. Sie wird Kraft kosten, die wir an anderer Stelle brauchen. Ich werde hier nicht locker lassen, solche Vorschläge zu hinterfragen. Ich tue das im Interesse der Sache, aber auch in Ihrem Interesse, weil auch die Bürgerinnen und Bürger schlussendlich am Ergebnis interessiert sind und die Frage, ob sie eine Entscheidung aktuell als schick empfinden, kein Kompass und im wahrsten Sinne des Wortes nicht nachhaltig ist.

Was prägt diesen Haushalt aktuell und was sind die Themen, die uns hier besonders bewegen?

In den letzten Monaten hat sich die Konjunktur merklich abgekühlt. Die Planungen sind angepasst an den gegenwärtigen Stand. Weder der neue Haushaltserlass noch die Steuerschätzungen für November liegen vor. Die Rahmendaten gegenüber der Aufstellung

des Haushalts dürften sich nicht verbessern. Das ist im Hinterkopf zu behalten, insbesondere mit Blick auf die mittelfristige Perspektive.

Mit der Bewegung Fridays for Future, aber vor allen Dingen mit den neueren Daten zur Langzeitentwicklung und ihrer Dynamisierung steht das Thema Klima stark im Mittelpunkt.

Die beiden damit zu Anfangs genannten Themen werden oft konträr diskutiert, gegeneinander gestellt – Klima einerseits und Wirtschaft/Konjunktur andererseits. Dieses Gegeneinanderstellen ist jedoch das Gegenteil von Nachhaltigkeit, der wir uns verschrieben haben. Es ist schon kurzfristig falsch. Man muss gar nicht auf den Slogan der internationalen Gewerkschaftsbewegung verweisen: „There are no jobs on a dead planet!“ Schon jetzt werden in einem beschleunigten Tempo von jeweils anderen Unternehmen, der Finanzwirtschaft und Verbrauchern Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Entscheidungsgrundlage gemacht. Darauf nicht zu reagieren, heißt, nicht zukunftsfähig zu sein.

Es geht also nicht um Kompromisse, sondern um eine Strategie, die kohärent verschiedene Ziele optimiert. Ohne eine solche stimmige Strategie droht im Übrigen ein Scheitern, weil Akzeptanz fehlen wird. Die sozialen und wirtschaftlichen Interessen nicht wahrzunehmen, schließt eine Mehrheit aus, und sie trägt dazu bei, dass Nachhaltigkeit und Klimaschutz zum entpolitisierten Lifestyle-Thema wird, das Menschen voneinander trennt.

Allerdings: Es ist nicht zu verkennen, dass niemand heute genau beschreiben kann, wie wir die gewaltige Transformation zu einem nachhaltigen Leben und Wirtschaften bewältigen können. Es ist kein gepflasterter Weg, sondern ein Weg, der beim Gehen entsteht. Das Gleiche gilt für die Transformation der Stadt, die all dies umfasst. Eine gelingende Zukunft liegt irgendwo auf dem Weg einer Kombination der Wiederentdeckung der Qualitäten der Vergangenheit, der alten europäischen Stadt, wie sie Jan Gehl beschreibt, und der klugen Nutzung der digitalen Möglichkeiten zur Steuerung und Optimierung. Dabei sollte eines in den letzten Jahren klar geworden sein: Die naive und unregulierte Zulassung aller neuen digitalen Geschäftsmodelle hat soziale und ökologische Probleme verschärft und nicht gelöst – Uber, Amazon, AirBnB, Facebook sind die Stichworte.

Geprägt ist dieser Haushalt auch von einem weiteren Ausbau der Bürgerbeteiligung. Sie ist aber kein schlichtes „Mehr“. Es geht um Projekte gemeinsamer Gestaltung, um die Erfahrung von Wirksamkeit und Demokratie und auch um Aufklärung zu Demokratie und Rechtsstaat. Die Zahl derer, die jede Entscheidung, die ihnen nicht passt, als undemokratisch empfinden und bereit sind, alle Funktionsweisen der Demokratie in Frage zu stellen, ist erschreckend.

Beide Themen - ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zusammenzudenken einerseits und die Frage von Beteiligung und Demokratie andererseits – verbinden sich mit dem großen Projekt BUGA und Grünzug. Es bietet in allen Dimensionen große Potentiale, die jetzt mit der Konkretisierung deutlicher werden.

Im Landschaftsbild gehen wir in Teilen Jahrhunderte zurück, im Städtebau orientieren wir uns an historischen Maßen und in der Technik wollen wir die Zukunft in die Gegenwart holen. Die Bundesgartenschau hat den Anspruch, all unsere Themen der nachhaltigen Stadt stellvertretend darzustellen und als Beschleuniger zu wirken.

Ein besonderes Gemeinschaftsprojekt ist die bevorstehende Sanierung des Nationaltheaters. Das Nationaltheater Mannheim hat aufgrund seiner historisch einmaligen und künstlerischen Bedeutung einen besonderen Platz in der deutschen Theaterlandschaft. Nur durch die Zusammenarbeit aller Ebenen, Bund, Land und Kommune und der jeweils Mannheim vertretenden Abgeordneten, plus Bürgerengagement, konnte und kann dieses gewaltige Projekt angegangen werden. Wie bei der Kunsthalle haben wir hier ein Beispiel, wie Produktives erreicht werden kann: Erst die Diskussion, dann der Beschluss über das, was wir wollen, und dann das gemeinsame Ziehen an einem Strang, um zum Erfolg zu kommen. Ich hoffe, diese Beispiele sind Ansporn.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen, die globale aber auch nationale Ursachen haben, werden nicht weniger. Die Finanzierungsbedingungen für Krankenhäuser und der Personalmangel treffen nicht zuletzt unser Universitätsklinikum Mannheim und erschweren die historische Phase der Umstrukturierung wirtschaftlich. 2015 hat das Klinikum ein Restrukturierungsprogramm zur Erlössteigerung und Kostensenkung aufgelegt.

Erste Erfolge sind sichtbar. Dennoch: Die Fortführung und Verlängerung des Restrukturierungsprogramms ist erforderlich. Ein möglichst schnell zu realisierender Neubau - und damit ein Projekt in einer Größenordnung von zwischen 300 und 400 Millionen Euro - ist absolut unabweisbar. Dabei braucht es eine entschiedene Hilfe des Landes und eine Annäherung an die Finanzierungsbedingungen der anderen Universitätskliniken. Die wissenschaftliche und versorgerische Leistungsfähigkeit des Hauses, die beeindruckend ist und sich ständig steigert, verdient diese Unterstützung.

Demografische Veränderungen, Wanderungsbewegungen und die europäische Zinsentwicklung und nicht zuletzt die praktische Einstellung der sozialen Wohnungsbauförderung über Jahre, haben zu einer Verknappung insbesondere bezahlbarer Wohnungen am Markt geführt. In anderen Städten noch weit deutlicher als in Mannheim. Hier begegnen wir der herausfordernden Situation durch die vom Gemeinderat beschlossene Sozialquote, aber auch durch die Tätigkeiten unserer Gesellschaften GBG und MWSP. Die GBG ist der Stabilisator für den Mannheimer Wohnungsmarkt und in Zukunft Instrument wie - und auf diese Formulierung lege ich Wert - unverzichtbarer Partner für die Stadt Mannheim. Sie investierte allein im Jahr 2018 über 115 Millionen Euro. Sie dämpft die Mietentwicklung am Mannheimer Wohnungsmarkt. Das sollten wir nicht durch eine Diskussion um Instrumente im gegenteiligen Licht erscheinen lassen.

Auch ist der Versuch, die GBG aus dem Mietspiegel herauszurechnen, juristisch und sozial unhaltbar und mit Entschiedenheit abzulehnen.

Die MWSP ist ein flexibler, innovativer und dynamischer Akteur der Stadtentwicklung mit bundesweiter Vorbildwirkung. Das schließt Schwierigkeiten im Einzelfall nicht aus. Es gelingt aber ersichtlich, neue soziale, gestalterische und ökologische Konzepte zu realisieren, die uns weiter bringen. FRANKLIN und Taylor sind Vorzeigegebiete. Spinelli wird hinzukommen. Für die Projekt-Rückschläge bei Turley zeichnen sich Lösungen ab. Mit dem neuen Investor kann ein tragfähiges Ergebnis gefunden werden, das zu mehr preisgünstigen Wohnungen führt als in der Ursprungskonzeption.

Neben einzelnen Sonderprojekten sind die bestimmenden Konstanten des Wachstums im Haushalt die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie die Integration und

Inklusion. Ersteres ist auch im Finanzhaushalt deutlich abzulesen. Die Zahlen sind dabei vom real Machbaren geprägt. Wenn es gelingt, werden die realen Auszahlungen noch höher sein. Baugrund, Baufirmen, und Erzieherinnen und Erzieher – dass sie nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, sind die begrenzenden Faktoren. Dabei sind wir unter enormem Handlungsdruck, weil gleichzeitig die Zahl der Kinder, die Erwartungen der Eltern und ihre Nachfrage sowie die Vorgaben der Bundespolitik steigen.

Über die heute selbstverständliche Erwartung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir aber unsere Aufgabe der Bildungsintegration und Bildungsgerechtigkeit nicht vergessen. Das wird uns alle im Detail bei den Abwägungsentscheidungen fordern.

Integration und Inklusion bergen erhebliche Haushaltsrisiken, wenn Bund und Land nicht für die zugesagte Konnexität sorgen, also den Mehraufwand im Wesentlichen tragen, wie wir es bei unserer Planung zugrunde gelegt haben.

Wie kaum eine andere Stadt unserer Größenordnung betreiben wir aktive und strukturierte Wirtschaftspolitik. Die gezielte Diversifizierung der Mannheimer Wirtschaft trägt ersichtlich Früchte. Die in den vergangenen Jahren entstandenen Gründungszentren und auch der jetzige MMT-Campus können als Erfolgsgeschichten gesehen werden. All das sind Projekte und Ansätze, die uns stabiler machen. Wir konnten schmerzhaft Strukturveränderungen und Einzelentscheidungen globaler Unternehmen, wie wir sie bei GE erleben mussten, auf dem Arbeitsmarkt weit besser verkraften. Die Schmerzhaftigkeit für die Einzelnen bleibt dennoch.

Wir werden in unserer Strategie einen noch stärkeren Wert auf qualitatives Wachstum legen. Energie und grüne Technologie werden wir als eigenen Schwerpunkt angehen und die konkrete Ausgestaltung prüfen.

Die ökologischere Ausrichtung unserer Stadt und ihr Wachstum haben zu ambitionierten Planungen und großen Projekten für den ÖPNV geführt, die ebenfalls die nächsten Jahre prägen werden. Neue Linien, neue Stadtbahnwagen, neue emissionsfreie oder emissionsarme Busse - und: Die Konsequenzen aus der „Modellstadt Mannheim“ müssen bis spätestens Herbst 2020 entwickelt werden. Was hat sich wirklich bewährt und was wollen wir uns weiter leisten? Was wird der Bund dazu tun? Das sind wichtige Fragen für das nächste Jahr. Ein eigenes Thema wird auf jeden Fall die Frage bleiben, wie wir Liefertransportwege durch LKW deutlich und spürbar reduzieren können. Dazu werden Mittel notwendig, die wir zum einen in die bestehende Infrastruktur leiten müssen und zum anderen in neue Infrastrukturen, wie Hubs u.ä.

Dass wir die Kultur als Treiber unserer Stadtentwicklung sehen, wird immer deutlicher und vor allem, dass dies ein erfolgreiches Konzept ist. Das erste Innovationsfestival unterstreicht diesen Zusammenhang zwischen Kultur-, Stadt- und Wirtschaftsentwicklung deutlich.

Die Eröffnung der neuen Kunsthalle war zweifelsfrei ein Meilenstein in der Geschichte Mannheims, ein Fest für den Bürgerstolz, ein Wiederaneignen einer Kulturinstitution durch die Stadtgesellschaft.

Nach einem Jahr hat sich die Kunsthalle Mannheim ihre Position als eines der wichtigsten Kunstmuseen zwischen Berlin und Basel zurückerobert.



Mit dem Bau des Peter-und-Traudl-Engelhorn-Hauses entwickelt sich C 4 endgültig zum eigenen Museumskomplex, der vollständig auf Kosten der Stiftungen errichtet wurde. Das neue Haus wird den Toulonplatz aufwerten und beleben. Damit, ihren Netzwerken, ihrer wissenschaftlichen Expertise, zum Beispiel in der Klimageschichte, und ihrem starken pädagogischen Schwerpunkt, sind die rem weit mehr als ein Treiber für Tourismus und kulturelle Profilierung, sie sind Stadtgestalter.

An der Schnittstelle von Kultur und Bildung bewegt sich eine inhaltlich und städtebaulich herausragende Investition: der geplante Neubau der Stadtbibliothek auf N 2. Noch in diesem Jahr beziehungsweise Anfang des nächsten Jahres wird der Architektenwettbewerb ausgeschrieben. In ihr werden die Medienpädagogik für Schulen und das Stadtmedienzentrum untergebracht. Hier sollten wir keinesfalls Zeit verlieren. Es ist ein Ort neuer bürgerschaftlicher Bildung und Begegnung. Andere Neubauten von Bibliotheken haben sich zu neuen gesellschaftlichen Zentren entwickelt. So wird es auch in Mannheim sein.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch das MARCHIVUM und die 2020 folgenden Einrichtungen der Stadtgeschichte und des NS-Dokumentationszentrums, die Erinnerungskultur und demokratische Verantwortung stärken werden; auch das MARCHIVUM wird als außerschulischer, authentischer Lernort genutzt.

Symbolhaft nahezu alle Themen bringt die Rettung der Multihalle zusammen, die vor wenigen Wochen entschieden wurde. Mit der Multihalle besitzt die Stadt ein lokal wie global kulturhistorisches Vermächtnis von Frei Otto. Sie ist noch in den Erinnerungen vieler Mannheimerinnen und Mannheimer an die BUGA 75 präsent. Sie war ein Aufbruch in den heute wieder hoch aktuellen Leichtbau, steht an der Schnittstelle der analogen Welt zur Digitalisierung und ist als ein Symbol der offenen Gesellschaft konzipiert. All das ist Ausgangspunkt für die Zukunft der Multihalle: von internationaler Summerschool über Kunst zur Nachbarschaftsaktivität, spannt sich das Dach der Multihalle. Sie vermag ähnliches zu leisten wie die großen Institutionen.

Meine Damen und Herren,

nicht alle bedeutenden Themen finden sich im Haushalt:

Die Rheindammsanierung wird uns weiter bewegen. Dabei handelt es sich um keine freie Entscheidung, sondern sie wird in einem rechtsförmigen Verfahren zu einem Ergebnis zu führen sein. Dabei ist für uns klar: Wir wollen den fachlich belastbar geringstmöglichen Eingriff in die Natur. Das Schutzziel des Hochwasserschutzes steht nicht zur Disposition. Das Ergebnis wird andererseits auch nicht von Haushaltserwägungen des Landes bestimmt werden.

Für die Neubaustrecke der Bahn zeichnet sich ab, dass nicht nur aufgrund unserer Forderungen, sondern auch funktional ein entlastender Tunnel eine überzeugende Lösung darstellen kann. Die Region hat bislang - und so auch jetzt - in diesen Fragen jeweils eine gemeinsame Position eingenommen. Ich hoffe, dass der Bund diese Chance zum Konsens ergreift.

Die derzeitige Sperrung der Hochstraße Süd hat in kurzer Zeit noch einmal unterstrichen, dass die Antworten über die Sanierung hinaus nicht allein über die Stadt Ludwigshafen aber auch nicht allein über die beiden Städte gegeben werden kann. Pendlerverkehre und Güterverkehre sind zumeist keine Ziel- und Quellverkehre in Mannheim und Ludwigshafen. Ihre Verlagerung,

insbesondere auf andere Verkehrsträger, ist eine Frage der gesamten Region. Dazu sind alle drei Bundesländer aufzurufen, gemeinsam mit der Region an einem Mobilitätspakt zu arbeiten.

Meine Damen und Herren,

wer mit etwas Erfahrung auf das im Haushalt niedergelegte Arbeitsprogramm schaut, sieht, dass unsere Herausforderung schon in der Bewältigung und Optimierung all dieser Vorhaben liegt. Erkennbar sind wir an Kapazitätsgrenzen gelangt und auch die Ausweitung der Kapazitäten ist nicht einfach per Beschluss herbeizuführen. Auch das sollten wir bei unseren Debatten als weitere Dimension im Hinterkopf behalten.

Orientierung und Halt gibt uns, dass Mannheim einen Plan und eine Vision hat. Das gemeinsam erarbeitete Leitbild 2030.

Es muss als Kompass für unsere Politik und unsere Entscheidungen dienen.

Ich möchte im Einzelnen an die sieben beschlossenen Zukunftsthemen erinnern.

1. SOZIALE UND KULTURELLE TEILHABE, GESELLSCHAFTLICHES MITEINANDER UND LEBENSLANGES LERNEN

2. GESUNDHEIT, WOHLBEFINDEN UND DEMOGRAFISCHER WANDEL

3. GLEICHSTELLUNG, VIELFALT UND INTEGRATION

4. DEMOKRATIE, ENGAGEMENT UND BETEILIGUNG

5. DIGITALISIERUNG, INNOVATION UND ZUKUNFTSFÄHIGE WERTSCHÖPFUNG

6. KLIMA, UMWELT UND ALTERNATIVE MOBILITÄT

7. INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT, GLOBALE VERANTWORTUNG UND KONSUM

An diesen Themen orientiert sich der vorgelegte Haushalt. Er ist eine Fortschreibung aber auch ein Blick in die Zukunft unserer Stadt.

Bevor ich zu diesen einzelnen Zukunftsfeldern komme, ein Blick auf die finanziellen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen:

### **Verlauf Doppelhaushalt 2018/2019 und Eckwerte der Haushaltsplanung 2020/2021**

Der Blick auf das letzte Jahr und den aktuellen Haushalt ist erfreulich.

Auf Basis der guten Zahlen 2017 hatten wir die Gewerbesteuer für 2018 mit 320,7 Millionen Euro und für 2019 mit 328,2 Millionen Euro geplant. Am Ende des Jahres 2018 belief sich die Gewerbesteuer auf 338,9 Millionen Euro, allerdings wurde aufgrund eines neuen Verständigungsverfahrens eine Gewerbesteuerrückstellung in Höhe von 43,2 Millionen Euro notwendig, so dass es zu einer Verschlechterung gegenüber dem Ansatz kam.

Im Halbjahresbericht haben wir schon darüber informiert, dass bei der Gewerbesteuer 2019 der Ansatz von 328,2 Millionen Euro voraussichtlich erreicht wird. Durch die Inanspruchnahme einer Rückstellung aus dem Jahr 2012, die für die Rückzahlung strittiger Gewerbesteuerzahlungen gebildet wurde, verbessert sich das Ergebnis bei der Gewerbesteuer rechnerisch sogar um 22,2 Millionen Euro auf 350,4 Millionen Euro.

Die Grundsteuer erbrachte 2018 70,3 Millionen Euro und lag damit rund 1,5 Millionen Euro über dem Ansatz, der für 2018 und 2019 jeweils 68,8 Millionen Euro betrug. Im laufenden Jahr ergeben sich voraussichtlich Mehrerträge von 1,2 Millionen Euro und damit ein vergleichbares Ergebnis.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erreichte 2018 mit 167 Millionen Euro fast punktgenau den Ansatz, während der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer mit einem Ergebnis von 50,6 Millionen Euro eine gute Million Euro über dem Ansatz abschloss. Im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs gab es aufgrund höherer Steuererträge des Landes Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro. Die Förderung des Landes bei der Kleinkindbetreuung betrug 32,4 Millionen Euro und lag rund 1,9 Millionen Euro über dem Ansatz.

2019 erwarten wir beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer Mindererträge von rund sechs Millionen Euro und beim Anteil an der Umsatzsteuer eine Verbesserung von 5,7 Millionen Euro.

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft werden voraussichtlich um 49,8 Millionen Euro durch die hohen Erträge des Landes übertroffen werden. Mit weiteren zehn Millionen Euro Überschuss rechnen wir bei der Kommunalen Investitionspauschale und den Zuweisungen an die Stadtkreise. Die Förderung der Kinderbetreuung wird nach derzeitiger Prognose um knapp vier Millionen Euro besser ausfallen und bei den Sachkostenbeiträgen für die Schulen erwarten wir ein Plus von rund 1,9 Millionen Euro.

Die Zuweisungen des Landes aus der Grunderwerbsteuer 2018 stiegen auf rund 29 Millionen Euro und lagen damit um rund fünf Millionen Euro über dem Ansatz. 2019 werden sie voraussichtlich neun Millionen Euro über dem geplanten Ansatz von 24 Millionen Euro liegen.

Die ordentlichen Erträge waren 2018 mit 1,31 Milliarden Euro veranschlagt. Im Ergebnis waren sie um 43,2 Millionen Euro höher und lag bei rund 1,35 Milliarden Euro.

Wie war die Entwicklung bei den Aufwendungen?

Die Personalaufwendungen waren 2018 mit 325,3 Millionen Euro veranschlagt. Tatsächlich wurden 3,5 Millionen Euro weniger verausgabt. Das Ergebnis liegt bei 321,75 Millionen Euro.

Die Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen stiegen 2018 gegenüber dem Ansatz um rund 4,9 Millionen Euro auf 142,8 Millionen Euro, dagegen blieb der Transferaufwand bei einem Ergebnis von 596,4 Millionen Euro rund 4,9 Millionen Euro unter dem Ansatz von 601,3 Millionen Euro.

Der ordentliche Aufwand von 1,28 Milliarden Euro lag im Ergebnis durch Umlagen rund 21 Millionen Euro beziehungsweise 1,7 Prozent über dem Ansatz. Das ordentliche Ergebnis schloss mit einem Überschuss in Höhe von 69,2 Millionen Euro ab. Das ist eine Verbesserung um 22,3 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz.

Letztlich konnte das Jahr 2018 aber nur mit einem positiven Gesamtergebnis in Höhe von 43,9 Millionen Euro abgeschlossen werden, da das Sonderergebnis durch die Rückstellung einen Fehlbetrag von 25,3 Millionen Euro aufweist.

Für 2019 haben wir Sie mit dem Halbjahresbericht über die Prognose zum Jahresende informiert. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden zum Jahresende auf rund

334,6 Millionen Euro geschätzt und bleiben damit rund fünf Millionen Euro unter dem Ansatz. Die Überschreitungen bei den Sach- und Dienstleistungen sind durch Haushaltsübertragungen aus dem Jahr 2018 begründet. Für die Sach- und Dienstleistungen wurden insgesamt 10,3 Millionen Euro übertragen. Mehraufwendungen in Höhe von vier Millionen Euro bei den planmäßigen Abschreibungen stehen Einsparungen bei den Zinsen in Höhe von 3,8 Millionen Euro gegenüber.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen 2019 0,3 Millionen Euro unter dem Ansatz.

Das ordentliche Ergebnis 2019 sieht einen Überschuss von 45,5 Millionen Euro vor. Wie bereits im Halbjahresbericht dargestellt, gehen wir von einer deutlichen Steigerung dieses Betrages aus und rechnen mit einem Überschuss von 134,2 Millionen Euro. Das bedeutet eine Verbesserung um 88,6 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses schließt der Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem Gesamtergebnis von **110,9 Millionen Euro**. Das ist eine Verbesserung in Höhe von 56,9 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz, der bei 54 Millionen Euro lag.

Der Finanzhaushalt hat sich gegenüber dem Planansatz finanztechnisch ebenfalls deutlich verbessert. Anstelle einer Abnahme des Finanzierungsmittelbestandes von 13,8 Millionen Euro konnte eine Zunahme um 70,7 Millionen Euro verzeichnet werden.

Unter Berücksichtigung der haushaltsunwirksamen Vorgänge ergibt sich der Endbestand an Zahlungsmitteln, der im Jahr 2018 von 58,2 Millionen Euro auf 75,9 Millionen Euro gestiegen ist.

Für das Jahr 2019 war ein Rückgang der Zahlungsmittel um 20,4 Millionen Euro veranschlagt. Wie wir Ihnen im Halbjahresbericht mitgeteilt haben, rechnen wir mit einer Verbesserung, so dass der Endbestand an Zahlungsmitteln voraussichtlich nahezu unverändert bei 75,8 Millionen Euro liegen wird. Das ist die Ausgangsbasis für die weitere Investitionsplanung im neuen Haushalt 2020/2021.

Um die Stadt Mannheim auch langfristig in die Lage zu versetzen, die anstehenden Investitionen leisten zu können, müssen wir - unabhängig von der aktuell noch guten Ertragslage durch die Steuern - die Entwicklung insbesondere der Aufwandsseite des Ergebnishaushaltes dauerhaft im Blick behalten. Daher werden wir das bei der letzten Haushaltsplanung vorgestellte Strategische Haushalts-Konsolidierungsprogramm weiterverfolgen. Es ist im Übrigen im vorgelegten Haushalt weiter voll eingepreist.

Nur durch diese Verbesserungen im Ergebnishaushalt können wir nachhaltig die erforderlichen Investitionen vornehmen, um unsere Stadt zukunftsfähig zu gestalten und zu halten.

Eine Reduzierung des Investitionsvolumens halte ich nach wie vor für keinen sinnvollen Weg.

Welche weiteren Eckwerte haben wir den Planungen zugrunde gelegt?

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzungen im Oktober 2018 und Mai 2019 werden die Steuererträge in den kommenden Jahren weiter steigen, allerdings deutlich weniger als zuvor erwartet. Auf dieser Grundlage sowie aufgrund des Jahresabschlusses 2018 und des prognostizierten Jahresergebnisses 2019 gehen wir davon aus, dass die Gewerbesteuer in

den nächsten Jahren die Ansätze für 2020 mit 333,2 Millionen Euro und 2021 mit 338,2 Millionen erreicht. Auch im Rahmen des Finanzausgleiches planen wir Verbesserungen, die jedoch zum Ende des Finanzplanungszeitraumes hin – auch in Wechselwirkung mit den hohen Steuererträgen Mannheims in den Vorjahren – etwas schwächer werden.

Der ordentliche Ertrag steigt 2020 auf 1,36 Milliarden Euro. Für 2021 ist eine Steigerung gegenüber 2020 um 2,2 Prozent auf 1,39 Milliarden Euro eingeplant.

Der geplante Personalaufwand, einschließlich Versorgungsaufwand, beträgt im Jahr 2020 328,3 Millionen Euro und 2021 335,5 Millionen Euro. Die Sachaufwendungen sind im Jahr 2020 mit 132,4 Millionen Euro und 2021 mit 130,9 Millionen Euro berücksichtigt.

Eine deutliche Steigerung finden Sie im Haushaltsentwurf bei den Transferaufwendungen. Der Haushaltsansatz lag 2019 bei 613,5 Millionen Euro. Er ist 2020 mit 673,7 und 2021 mit 700 Millionen Euro veranschlagt. Diese Steigerung wird aber im Wesentlichen bedingt durch die Neuabgrenzung der Geschäftskreise der Dezernate IV und V, die zum 01.01.2020 stattfindet. Durch die Zusammenführung der Aufgabenbereiche Tiefbau, Grünflächen, Stadtreinigung und Abfallwirtschaft verlagern sich Teile der Budgets der bisher zuständigen Fachbereiche in den Wirtschaftsplan des neuen Eigenbetriebs für den öffentlichen Raum. Im städtischen Haushaltsplan verbleibt der Zuschuss an den neuen Eigenbetrieb, der im Rahmen der Transferaufwendungen abgebildet wird.

Die ordentlichen Aufwendungen sind 2020 mit 1,3 Milliarden Euro und 2021 mit 1,33 Milliarden Euro veranschlagt. Daraus ergibt sich ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von 61,8 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie 55,9 Millionen Euro 2021. Unter Berücksichtigung des veranschlagten Sonderergebnisses, das im Wesentlichen aus überplanmäßigen Erlösen aus Grundstücksverkäufen resultiert, rechnen wir beim veranschlagten Gesamtergebnis mit Überschüssen von **70,3 Millionen Euro** im Jahr 2020 und **64,4 Millionen Euro** im Jahr 2021. In den Folgejahren 2022 und 2023 sinken diese Überschüsse auf **36,3** beziehungsweise **14,8** Millionen Euro. Das könnte nachhaltig nicht befriedigen.

In Anbetracht der enormen Investitionsbedarfe hilft die erwartete Steigerung des Zahlungsmittelbestands auch in den Planjahren 2020 und 2021 beträchtliche Investitionen vorzunehmen.

Auszahlungen für Investitionen von **163,4 Millionen Euro** im Jahr 2020 und **181,3 Millionen Euro** für 2021, stehen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von 27,6 beziehungsweise 38,7 Millionen Euro gegenüber. Das bedeutet Investitionen im Jahr 2020 von netto 135,8 und 2021 von 142,6 Millionen Euro.

Der Endbestand an Zahlungsmitteln reduziert sich bis Ende 2023 auf 26,9 Millionen Euro und damit nahezu auf die Mindestliquidität. In den Folgejahren ab 2024 droht ein negativer Zahlungsmittelbestand.

Dennoch: Die Botschaft auch zu diesem Haushalt lautet. Die Stadt Mannheim stemmt ein außergewöhnliches Investitionsprogramm über 700 Millionen Euro in den nächsten Jahren ohne Netto-Neuverschuldung!

## Personal und Organisation

Die Veränderungs- und Modernisierungsverpflichtungen, angesichts derer die Bürgerinnen und Bürger klare Erwartungen an Staats- und Verwaltungshandeln artikulieren, sind so vielfältig wie nie und berühren Themenkomplexe von Klimakrise bis Digitalisierung und Demokratie. Als Verwaltung müssen wir uns darum noch stärker als bisher die Frage stellen, ob der Zustand von Organisation und Personal dafür adäquat ist. Eine kontinuierliche Fortsetzung der mit der Verwaltungsmodernisierung begonnenen systematischen Entwicklungsprozesse bleibt auch weiterhin zentrale Daueraufgabe. Auch zum 1.1.2020 nehmen neu konfigurierte Eigenbetriebe und Fachbereiche ihre Arbeit auf.

Wir sehen für die Verwaltung eine Verpflichtung und Verantwortlichkeit für Stadtgestaltung und treten unter dem Signum „Stadtgestalter“ auch als selbstbewusster, sinnstiftender Arbeitgeber auf. Die Aussicht auf gesellschaftliche Relevanz des beruflichen Handelns zog auch 2019 wieder rund 2.000 Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze an, denen rund 100 erfolgreich abgeschlossene Ausbildungs- und Studienverhältnisse gegenüberstanden. Auch unserer Verpflichtung der Repräsentation der Stadtgesellschaft kommen wir bei unseren jüngsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in besonderem Maße nach: Mehr als jeder Fünfte weist einen Migrationshintergrund auf. Ausgangspunkt personeller Zuwächse sind hierbei stets Veränderungen unseres Leistungs- und Aufgabenspektrums. Dem Wachstum der Kernverwaltung stehen gravierende rechtliche Veränderungen der kommunalen Verantwortlichkeit, beispielsweise hinsichtlich der verpflichtenden Betreuung unter Dreijähriger oder beim Bundesteilhabegesetz (BTHG) gegenüber. Wir nutzen die Chancen veränderter Rechtsgrundlagen auch für die Erprobung attraktiver neuer Instrumente im Sinne des Leitbildes 2030: Mit der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes schaffen wir bis zu 70 neue Beschäftigungsverhältnisse und erfüllen gleichzeitig unseren Anspruch der Gewährleistung von Bildungsgerechtigkeit und Verhinderung von Armut. In der Entwicklung des Personals als wichtigste Ressource zur Umsetzung unserer Ziele zur Gestaltung von Stadt und Zusammenleben setzen wir gleichermaßen auf Beschäftigungssicherheit wie innere Dynamisierung.

Auch weiterhin überzeugen wir als Arbeitgeber unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu kommen um zu bleiben: Mehr als ein Drittel des Stammpersonals ist seit mehr als 20 Jahren bei uns. Dabei ist die Vielfalt unserer Aufgaben auch weiterhin ein Erfolgsfaktor gegenüber der Privatwirtschaft und Basis des Ziels, Personal bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und zur kontinuierlichen Leistungserbringung zu befähigen: Für den Erfolg dieser Bestrebung spricht, dass aus rund 800 internen Ausschreibungen rund die Hälfte interne Besetzungen resultierten.

Gezielte, berufsgruppen-spezifische Personalgewinnung wird darüber hinaus ein Schwerpunkt der Bemühungen auch in Zusammenarbeit mit unseren Tochterunternehmen sein.

Wir wollen wissen, was wir erreichen – dies gilt aufgrund der herausgehobenen Funktion des Personals auch für das Personalmanagement. Mit dem 2018 verabschiedeten Chancengleichheitsplan haben wir unser bereits heute wegweisendes Planungs- und Berichtswesen um die Equality Balanced Scorecard erweitert, die demnächst vorgestellt wird. Ihr ist beispielsweise zu entnehmen, dass immer mehr männliche Mitarbeiter Elternzeit nehmen (seit 2010: + 17%-Punkte) – und sich diese Tendenz erfreulicherweise auch bei den Führungskräften fortsetzt: Rund 67 Prozent der Führungskräfte, die 2018 Elternzeit nahmen, waren Männer.

Eine der bedeutsamsten strukturellen Änderungen unserer Arbeit ist sichtbar und eine große Aufgabe für die nächsten zwei Jahre. Wir wollen die Koordination all unserer Anstrengungen, bezogen auf den konkreten Raum, das heißt den konkreten Stadtteil, verbessern. Ganzheitliches, horizontales Denken über Sektorgrenzen hinweg – das stellt sich automatisch ein beziehungsweise ist zwingend, wenn es um den konkreten Ort geht. Bislang hatten wir hier nicht einmal einheitliche Datenräume. Über das Projekt SHM - und hier das Projekt Integriertes Sozialraummanagement - liegt nun ein Vorschlag auf dem Tisch, das Stadtgebiet Mannheim einheitlich in 40 Teilräumen zu betrachten.

Zusammen mit den Erfahrungen aus der Lokalen Stadterneuerung und der Neuaufstellung des Quartiermanagements, ist das ein Ausgangspunkt, Verwaltungshandeln abgestimmter, effektiver und für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbarer zu machen.

Kommen wir nach den Voraussetzungen zu den Zukunftsthemen.

## **1.ZUKUNFTSTHEMA: SOZIALE UND KULTURELLE TEILHABE, GESELLSCHAFTLICHES MITEINANDER UND LEBENSLANGES LERNEN**

Gerade die Aufgaben im Bereich Bildung korrespondieren mit dem strategischen Ziel: Soziale und kulturelle Teilhabe, gesellschaftliches Miteinander und lebenslanges Lernen. Das Ziel der Bildungsgerechtigkeit ist darin eingeflossen. Auch der vierte Bildungsbericht (veröffentlicht im Dezember 2018) zeigt: Für den Bildungserfolg ist die soziale Herkunft von entscheidender Bedeutung. Deshalb wurde der Entwicklungsplan Bildung & Integration fortgeschrieben. Hier wird auf die Wirkung städtischer Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert. Das Bildungsmonitoring hat sich als Instrument zur wirkungsorientierten Steuerung kommunaler Bildungsangebote bewährt. Es ermöglicht eine sozialräumliche Perspektive, einen Blick in die Stadtteilebene und hilft bei der Planung von Ganztagschulen, Schulsozialarbeit oder dem Aufbau neuer Schulen in neuen Stadtteilen wie Benjamin-Franklin oder Spinelli. Wichtige Vorhaben im Bereich Bildung sind der Neubau der Humboldtgrundschule zur Ganztagschule und der geplante Ausbau der weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen, um weitere Nachmittagsangebote für Grundschulkindern zu schaffen. Die Zweigstelle der Stadtbibliothek in der Neckarstadt wird aufgewertet, aktuell barrierefrei umgebaut und künftig mit den Bürgerdiensten gemeinsam in einem Gebäude sein. Der Trend der wachsenden Stadt spiegelt sich auch in steigenden Schülerzahlen in Grund- und weiterführenden Schulen: Wir rechnen mit einem Plus von über 1.400 Schülerinnen und Schüler in zehn Jahren. Zum laufenden Schuljahr konnte die neue Franklin-Grundschule in den Räumlichkeiten der ehemaligen Elementary-School den Betrieb aufnehmen. Die Fertigstellung des Neubaus erfolgt zum Schuljahr 2022/23. Die Grundschule auf Spinelli soll zum Schuljahr 2023/24 fertiggestellt sein.

Trotz Herausforderungen, wie Fachkräftemangel oder Raumengpässen, ist es gelungen, die Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder weiter auszubauen, hier auch dank der Unterstützung der freien Träger. Die Betreuungsquote konnte in den letzten Jahren von 46 Prozent auf über 67 Prozent gesteigert werden. Stadtweit haben etwa 2.000 Kinder einen Platz in einer Ganztagsgrundschule. Ergänzend dazu werden in den Regelschulen über 4.500 Betreuungsplätze angeboten, 1.175 davon bei freien Trägern der Jugendhilfe. Es besteht weiterhin eine hohe Ausbauerwartung. Hier muss ein kritischer Blick nach Stuttgart geworfen werden, damit das Land eine klare Positionierung zu den Themen Ganztagschule und

Schulkindkindbetreuung inhaltlich und finanziell einnimmt. Gleichzeitig müssen wir uns selbst fragen, ob ein Ausbau der Schulkindbetreuung die Akzeptanz von Ganztagschulen verringert. Können wir uns wirklich zwei hochwertige Angebote –Schulkindbetreuung und Ganztagschulen- parallel leisten?

Das Bildungsbüro hat sich als Schnittstelle zwischen schulischen und außerschulischen Partnern etabliert und bietet neben Beratung und einer Bildungsplattform auch Unterstützungssysteme an. MAUS, das Mannheimer Unterstützungssystem Schule, feierte 2018 sein zehnjähriges Jubiläum und ist seit Beginn stetig gewachsen, auf mittlerweile 16 allgemeinbildende Schulen und neun Bildungspartner. Das Angebot wurde weiter entwickelt und verstetigt. Inzwischen wurde das Programm von anderen Kommunen als vorbildlich anerkannt und übernommen.

Im Schuljahr 2018/19 arbeiten insgesamt 40 Schulsozialarbeiter an 34 Schulen. Der Ausbau wird fortgesetzt mit dem Ziel, dass mittelfristig jede Schule mit Schulsozialarbeit versorgt ist. Die Fraktionen im Gemeinderat haben sich bereits im Hinblick auf die Etatberatungen für einen schnellen Ausbau und entsprechende Investitionen ausgesprochen. Ebenfalls bauen wir das System der Ausbildungslotsen aus.

2018 wurde auf Basis der Priorisierung im Masterplan Schulbau ein Schulbau- und Schulsanierungsprogramm mit einem Volumen von 124 Millionen Euro aufgelegt, ein Programm, das schon in der Durchführung ist und noch einige Jahre andauern wird. Dieses Programm ist die größte Investition in der Geschichte der Stadt Mannheim im Bereich Bildung. Allerdings wächst die Förderung nicht mit. Derzeit werden 1.800 Euro pro Quadratmeter für die Förderung zugrunde gelegt, realistisch bewegen sich die Kosten aber bei 3.200 Euro pro Quadratmeter. Ebenfalls wird eine Sanierung nicht mehr als Förderbestandteil der Schulbauförderung anerkannt. Sanierung und der Ausbau im Bestand sind jedoch der Regelfall des Schulbaus. Eine Verstetigung der Sanierungsförderung, die Aufhebung der Trennung von Neubau und Sanierung wollen und können wir wohl erreichen, auch eine Anpassung an die Baukostensteigerung ist dringend notwendig. Leider gibt es derzeit wenig Aussicht, dass das Land mit eigenen Mitteln die Sanierung weiter unterstützt. Die Mittel, die wir dann als Zuschuss abrufen können, sind Mittel, die dem kommunalen Investitionsfonds entnommen sind, also andererseits unsere allgemeinen Zuweisungen schmälern!

Weiterhin besteht ein erheblicher Bedarf an Betreuungsplätzen in Tageseinrichtungen für Kinder. Mannheim steht hier vor der großen Herausforderung, diesen Bedarf zu decken und ein entsprechendes Angebot vorzuhalten. Der Ausbau des Betreuungsangebotes der städtischen Tageseinrichtungen wird deshalb mit höchster Priorität vorangetrieben. In den kommenden Jahren werden über 400 zusätzliche Betreuungsplätze in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder geschaffen. Hinzu kommen weitere 100 Betreuungsplätze im Rahmen von temporären Interimslösungen. Hier erhalten alle Kinder, gleich welcher sozialen oder kulturellen Herkunft, ein individuell ausgerichtetes, qualitativ hochwertiges Bildungsangebot. Es umfasst die individuelle Unterstützung aller kindlichen Entwicklungsbereiche. Inklusion spielt hier eine wesentliche Rolle. Damit leisten die städtischen Tageseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit in Mannheim.

Von 2017 bis 2019 wurde in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Zentrum für empirische Mehrsprachigkeitsforschung (MAZEM), alltagsintegrierte Sprache implementiert und das Konzept umgesetzt. Damit wurde ein einheitlicher Qualitätsstandard geschaffen. Dieser wird in den kommenden Jahren verstetigt. Eine wichtige Maßnahme, denn Bildungschancen sind immer noch abhängig von der familiären Herkunft. Besonders betroffen sind Kinder aus einkommensschwachen oder zugewanderten Familien.



Seit dem 01.01.2019 sind im Rahmen des SHM<sup>2</sup>-Projektes zur Reduzierung der städtischen Dienststellen, Jugendamt und Gesundheitsamt zu einem gemeinsamen Fachbereich zusammengefasst. Das Projekt wurde zeitgerecht und zielstrebig bearbeitet und abgeschlossen. Um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten, müssen Lebensbedingungen von Kindern von Anfang an verbessert und Entwicklungsrisiken und familiäre Belastungen minimiert werden. Bildungsgerechtigkeit verhindert Armut. Die soziale und kulturelle Teilhabe aller Mannheimerinnen und Mannheimer muss sichergestellt sein. Beispielhaft zeigt sich dies in folgendem Feld: Die präventive und interdisziplinäre Ausrichtung in den vergangenen beiden Jahren zeigt sich vor allem in den Kooperationsvereinbarungen mit allen Geburtskliniken Mannheims im Rahmen des Projekts Mannheim gegen Kinderarmut. Dieses Projekt unterstützt unter anderem die Kooperation mit den niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten der Stadt. Insbesondere für den Bereich der Kindervorsorgeuntersuchungen werden in Mannheim Konzepte erarbeitet, um die gesundheitlichen Angebote für Kinder und Jugendliche sichtbar zu machen, damit sie entsprechend stärker in Anspruch genommen werden - ein wesentlicher Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit. Erstmals wurde auch ein Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit veröffentlicht.

Für Teilhabe ist Arbeitsmarktintegration eine zentrale Dimension. Dabei ist positiv: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mannheim ist in den letzten fünf Jahren um rund 14.600 kontinuierlich angestiegen und hat mit fast 192.000 Personen im vergangenen Jahr erneut einen Höchststand erreicht. Diese Entwicklung kam auch vielen arbeitslosen Menschen zugute. In den letzten zwei Jahren hat das Jobcenter rund 11.100 Menschen und bis Juli 2019 weitere 2.300 erfolgreich in Arbeit integriert, knapp die Hälfte davon waren Langzeitleistungsbezieherinnen- und bezieher.

Das Jobcenter Mannheim betreut knapp 20.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Rund jeder zweite Mannheimer Arbeitslose im SGB II (Sozialgesetzbuch II) ist langzeitarbeitslos. Fast ein Drittel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erzielen allerdings ein Einkommen, das aber so niedrig ist, dass sie ergänzende Sozialleistungen benötigen. Es bleibt also weiterhin unsere Aufgabe und unser Ziel, die Schaffung solcher Arbeitsplätze in Mannheim zu unterstützen, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ohne zusätzliche Unterstützungsleistungen leben zu können. Soweit städtische Bedienstete ihr Einkommen mit Transferleistungen aufstocken müssen, hat die Verwaltung ein erstes Versuchsmodell gestartet: Insbesondere im Bereich der Hauswirtschafts- und Reinigungskräfte in den städtischen Kitas wird versucht, individuelle Lösungen zu entwickeln, die ein ausreichendes Einkommen ohne Transferleistungen ermöglichen. Dieser schrittweisen Ausweitung und Ergänzung durch das weiter unten erwähnte Programm des Passiv-Aktiv-Tauschs steht nach wie vor die Arbeit an der Einrichtung eines größeren Servicebetriebs »Städtische Dienstleistungen« gegenüber, wofür erste, aber mit erheblichen Investitionen versehene Skizzen vorliegen. Eine besondere Herausforderung besteht nach wie vor darin, die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und eine Verfestigung im Transferleistungssystem zu verhindern. Von den rund 12.000 in Mannheim gemeldeten Zuwanderern sind – trotz der in vielen Fällen geringen Qualifizierung – nur rund 20 Prozent auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Hier zeigt sich, dass die umfangreichen Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt Wirkung zeigen. Um diese Zuwanderung in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, sind nach wie vor Deutschkurse und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung das erste und wichtigste Mittel. Es ist außerordentlich zu begrüßen,

dass der Bund nach vielen Jahren der Haushaltbeschränkungen, die Jobcenter finanziell deutlich besser ausstattet. So stehen dem Jobcenter Mannheim im Jahr 2019 rund 4,4 Millionen Euro mehr an Eingliederungsmitteln zur Verfügung. Diese Mittel sind insbesondere dazu gedacht, Langzeitarbeitslose, die bereits mindestens sechs Jahre im Leistungsbezug stehen, in reguläre Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Die eingeführten Instrumente § 16i und § 16e SGB II lassen eine bis zu fünfjährige Förderung dieses Personenkreises zu. Als Stadt Mannheim beteiligen wir uns mit 70 Stellen in möglichst vielen Fachbereichen und unterschiedlichen Einsatzfeldern an diesem Programm. Der Grundgedanke dieser neuen Instrumente – passive Leistungen in aktive Förderung umzuwandeln – ist nicht neu, denn es ist sinnvoller in langzeitarbeitslose Menschen zu investieren als sie dauerhaft zu alimentieren. Erfreulich ist außerdem, dass es Mannheim erneut gelungen ist, mit einer Jugendarbeitslosigkeit im SGB II von nur 0,3 Prozent im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz einzunehmen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird das Recht der Eingliederungshilfe grundlegend modernisiert, was unserem Leitbild voll und ganz entspricht und grundsätzlich Chancen bietet. Das Land Baden-Württemberg hat im April 2018 die 44 Stadt- und Landkreise zu Trägern der Eingliederungshilfe bestimmt. Die Reform der Eingliederungshilfe steht praktisch durch den Bundesgesetzgeber unter der Prämisse, dass die Umstellung von einer einrichtungsbezogenen in eine personenzentrierte Hilfe für die Träger der Eingliederungshilfe kostenneutral umsetzbar sein soll. Die Erwartungen der behinderten Menschen und ihrer Angehörigen aber auch der Leistungserbringer gehen jedoch von einer deutlichen Ausweitung der Leistungen und einer verbesserten Finanzausstattung aus. Dieses Dilemma führt bislang dazu, dass das Land Baden-Württemberg die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung noch nicht geschaffen hat, Das gilt sowohl für ein verbindliches Bedarfsfeststellungsverfahren, als auch für einen Rahmenvertrag, der die neuen Leistungen landeseinheitlich regelt. Erfreulicherweise hat das Land grundsätzlich seine Konnexitätspflicht anerkannt, in welcher Weise es aber zu verbindlichen Finanzausgaben des Bundes und des Landes kommen wird, ist derzeit noch offen. Für die Stadt- und Landkreise bedeutet die Umsetzung der Reform, dass sie sich aufgrund der neuen personenzentrierten Leistung personell deutlich verstärken müssen – dies gilt gleichermaßen auch für die Leistungserbringer. Für den städtischen Haushalt gehen wir zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden bislang davon aus, dass die zusätzlichen Kosten vom Land Baden-Württemberg übernommen werden.

Zum 01.01.2020 plant der Bund die Erhöhung des Wohngeldes. Dies ist aufgrund der erheblichen Mietsteigerungen der letzten Jahre dringend erforderlich, weil die bisherige Förderhöhe für viele Haushalte mit geringem Einkommen nicht mehr ausreichend war.

Die Sozialverwaltung erwartet, dass mit der geplanten Erhöhung der Mietobergrenze um 9 Prozent bis zu rund 1.000 Mannheimer Haushalte zusätzlich einen Anspruch auf Wohngeld haben werden.

## **2. ZUKUNFTSTHEMA: GESUNDHEIT, WOHLBEFINDEN UND DEMOGRAFISCHER WANDEL**

Mannheim hat sich hier bundes- und landesweit eine Vorreiterrolle erarbeitet. Die Gesundheitsplanung und daraus resultierende Gesundheitsförderung in den Quartieren und mit Stadtteilbezug werden als beispielhaft umgesetzt gesehen und „nachgefragt“. Durch das aktuelle Infektionsgeschehen (Stichwort Masern) rückt die **Schulimpfung** erneut in den Fokus. In Kooperation mit der Preventa Stiftung sowie den Mannheimer Schulen und niedergelassenen Ärzten wird ab Herbst 2019 ein Schulimpfprogramm gegen Humane

Papilloma Viren (HPV), die unter anderem zu Gebärmutterhalskrebs führen können, aber auch zu weiteren bösartigen Tumoren, durchgeführt. Hierdurch wollen wir den Impfschutz in der Bevölkerung gegen die durch HPV hervorgerufenen Erkrankungen erhöhen und damit den Gesundheitsschutz der Bevölkerung verbessern.

Zu den Nachhaltigkeitszielen passt ein weiteres Vorhaben, mit dem wir uns zurzeit beschäftigen. Die Stadt Mannheim hat sich für das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ beworben. Hier geht es im Kern um die Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene. Mannheim wird sich dazu verpflichten, Kinderrechte im Bereich der kommunalen Zuständigkeit verbindlich umzusetzen. Dafür wurde ein Prozess gestartet, in dem Kinder und Jugendliche befragt wurden. Außerdem wurde eine Analyse des aktuellen Standes in der Verwaltung durchgeführt. Als nächstes wird in den kommenden Monaten ein Aktionsplan fachbereichs- und dezernatsübergreifend zu erstellen sein, in dem die Maßnahmen für eine kinderfreundliche Kommune übergreifend festzuhalten sind. Der Prozess wird vom Verein „Kinderfreundliche Kommune e.V.“, der vom Kinderhilfswerk und von UNICEF getragen wird, sowie von einer Expertenkommission begleitet werden.

Entgegen unserer strategischen Zielstellungen ist eine weitere Zunahme von sogenannten „Systemsprenger-Fällen“ in der Erziehungshilfe zu beobachten. Wir haben uns deshalb entschlossen, ein Mannheimer Konzept zu entwickeln und spezialisierte Betreuungsangebote einzurichten. Eine wichtige Rolle spielt auch der präventive Kinderschutz. Im Vorfeld der Wächteramtstätigkeit der Sozialen Dienste erhalten Fachkräfte, die im Kontakt mit Kindern gewichtige Anzeichen für Kindeswohlgefährdung wahrgenommen haben und Unterstützung benötigen, eine Beratung, die einen weiteren Schutz des Kindes ermöglicht. Die Zahl derer, die dieses Angebot nutzen, hat sich seit dessen Einführung 2014 stetig und deutlich erhöht.

Die Sicherung und der Ausbau der Mannheimer Jugendarbeit ist unser Ziel. Wir haben in Mannheim eine vielfältige Jugendarbeit. Ihre Einrichtungen und Angebote werden sowohl von freien Trägern als auch von der Jugendförderung der Stadt betrieben. Die gute Infrastruktur für die Jugendarbeit soll erhalten bleiben. Hierfür wurden unter anderem die Rahmenbedingungen der Förderung zusammen mit den freien Trägern analysiert und diskutiert. Auf der Basis dieser Bestandsaufnahme werden dem Gemeinderat neue Förderrichtlinien vorgelegt werden, die eine transparentere, verlässlichere und den Anforderungen gerechter werdende finanzielle Förderung von offenen Jugendeinrichtungen, insbesondere der Jugendtreffs, ermöglicht. In einigen Stadtteilen wird Neues geschaffen: In den nächsten zwei Jahren werden in der Schwetzingenstadt und auf dem Luzenberg zwei neue Jugendtreffs eröffnet, als Baustein für ein gutes außerschulische Angebot und zudem lange erwartet. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen der Lokalen Stadterneuerung Neckarstadt-West (LOS) ein Kinder- und Jugendbildungshaus im ehemaligen Kaisergarten zu schaffen, um die Bildungsteilhabe und den Bildungserfolg im Stadtteil deutlich zu verbessern.

Das Mannheimer Mitbestimmungsmodell für Kinder und Jugendliche entwickeln wir kontinuierlich weiter. Auf gesamtstädtischer Ebene sind die Ergebnisse des Kindergipfels aus dem Jahr 2018 für eine kinderfreundliche Stadt handlungsleitend. Auf Stadtteilebene sorgen die regelmäßig von Stadt und Stadtjugendring durchgeführten Stadtteilversammlungen dafür, dass spezielle Kinder- beziehungsweise Jugendinteressen von Politik und Verwaltung stärker in den Blick genommen werden. Auch Jugendbeirat und Stadtschülerrat sind Gremien, in denen Jugendliche selbst mitgestalten können. Erfreulicherweise hat das politische Interesse von Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen. Das zeigt sich nicht zuletzt in einer deutlich höheren Beteiligung von Erstwählern bei der Kommunalwahl, bei der Mannheim auch

im interkommunalen Vergleich der Städte und Stadtkreise Baden-Württembergs seine Position verbessert hat.

Im Bereich der Sozialberatung sehen wir anhand eingehender Hilfesuche und Meldungen eine Notwendigkeit, klare Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zu benennen und für die Bürgerschaft transparent zu gestalten sowie das Instrument einer Clearingstelle zu nutzen, um effektiv und effizient auf die -aufgrund der demographischen Entwicklung- zu erwartende Zunahme an hilfebedürftigen, älteren Menschen reagieren zu können. Selbstbestimmtes Altern in Würde aber auch bedarfsgerechte Pflege im Quartier müssen als zwei Aspekte zum strategischen Ziel Gesundheit mitgedacht werden.

Die Stärkung des informellen Sports zeigt sichtbare Erfolge und immer größere Resonanz. Dazu gehören die Zurverfügungstellung neuer Räume (zum Beispiel Taylor, Calistehnicos-Anlagen) oder organisierte Angebote (Sport im Park). Einen besonderen Stellenwert nimmt die Bäderkonzeption ein. Hier geht es darum, mehr Menschen zu erreichen, was über attraktive zentrale Angebote ermöglicht werden kann. Auch hier stehen große Investitionen an, wie das Kombi-Bad Herzogenried mit über 30 Millionen Euro Investitionssumme. Und die konkrete Festlegung für ein ähnlich großes Projekt: die Entwicklung der Bäderlandschaft im Nordosten.

Der alkoholakzeptierende Aufenthaltsraum für die Trinkerszene in Mannheim wurde mit großer Mehrheit vom Gemeinderat beschlossen. Das Angebot entsteht in Containerbauweise auf dem stadteigenen Gelände in der Akademiestraße im Jungbusch. Wir erwarten, dass durch das Angebot ein alternativer Aufenthaltsort entsteht, der zugleich einen direkten Zugang zum Suchthilfesystem ermöglicht, sowie die Innenstadt entlastet. Auch das subjektive Sicherheitsempfinden von Kindern und Jugendlichen, erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern sowie Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt soll dadurch steigen.

Die Erwartungen gegenüber den Ordnungsbehörden steigen. Unsicherheit steht Wohlbefinden entgegen. Regelmäßig erhebt die Verwaltung deshalb das subjektive Sicherheitsgefühl und setzt darauf konkrete Handlungsprogramme auf, die allerdings von vielen Akteuren zu bearbeiten sind. Repression ist oftmals das aufwändigste und am wenigsten erfolgversprechende Mittel. Entsprechend verfolgt hier die Verwaltung immer wieder neue Ansätze der Kooperation, Schlichtung, veränderten Bespielung von Räumen, der Stärkung von Nachbarschaften. Dazu passt der KOD seine Arbeitsweise immer wieder neu an – auch jenseits der Umorganisation von VOD, AOD und BOD. Insgesamt ist es gelungen, Präsenz und Wahrnehmung deutlich zu erhöhen.

Die Adressierung der Gefahrenpotentiale gehört entscheidend zu den Dimensionen Gesundheit und Wohlbefinden.

Zu erwähnen sind die konsequenten Investitionen in die Infrastruktur der Feuerwehr.

Mit der Aufspaltung des ehemals großen Rettungsdienstbereichs Rhein-Neckar/Mannheim/Heidelberg und Bildung des Rettungsdienstbereiches Mannheim zum 01.01.2019 ist es uns gelungen, die Notrufnummer 112 für eine effiziente und gezielte Gefahrenabwehr in Mannheim zu halten. Gleichzeitig übernimmt die Stadt Mannheim damit die Rechtsaufsicht über den Rettungsdienstbereich Mannheim. Die bestehende Feuerwehrleitstelle auf der Hauptfeuerwache Mannheim wird zu einer Integrierten Leitstelle Mannheim in der Rechtsform einer gGmbH ausgebaut und ab März 2020 ihren regulären Betrieb aufnehmen. Neben der Stadt Mannheim ist das DRK KV Mannheim e.V. Träger der Gesellschaft.

### **3. ZUKUNFTSTHEMA: GLEICHSTELLUNG, VIELFALT UND INTEGRATION**

Mannheim ist auf dem Weg zur inklusiven Stadt! Das Thema Barrierefreiheit und Inklusion ist im Leitbild als Querschnittsthema in fast allen Strategischen Zielen enthalten. Das Forum Behinderung hat sich in neuer Form mit Schwerpunktthemen etabliert. Durch Beteiligung von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Experten in eigener Sache am Programm hat sich das Format bewährt.

Das Leistungsportfolio „Kommunale Integrationsförderung“ des Beauftragten für Integration und Migration kennzeichnet im Wesentlichen drei Wirkungsbereiche: Erstintegration von Neuzugewanderten mit dem Schwerpunkt „prekäre EU-Binnenmigration aus Südosteuropa“, Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe, vornehmlich über Zuschussvergabe zur Förderung von benachteiligten Kindern- und Jugendlichen mit Migrationsbiografie sowie die Förderung des Zusammenlebens in Vielfalt mit dem Schlüsselprozess „Mannheimer Bündnis“. Perspektivisch ist das Thema „prekäre Neuzuwanderung“ als Daueraufgabe für die Verwaltung stärker in der Gesamtorganisation abzubilden. Mit der weiter wachsenden Größe des Mannheimer Bündnisses müssen wir auch dessen Handlungsfähigkeit sicherstellen. Ergänzend zum Engagement für das Zusammenleben in Vielfalt ist mit dem Antidiskriminierungsbüro seit November 2017 ein professionelles Beratungsangebot für alle Formen von Diskriminierung eingeführt. Maßgeblich gefördert durch das Bundesfamilienministerium mit dem Programm „Demokratie Leben!“ wird das Modellprojekt „JUMED – Junge Muslime engagiert für Demokratie“ durchgeführt. Unmittelbares Ziel von JUMED ist die Stärkung junger Muslime, damit sie argumentativ extremistischen, demokratieablehnenden genauso wie islamfeindlichen Haltungen und Parolen selbstbewusst begegnen können. Mittelbare Ziele sind die Stärkung ihres selbstverständlichen Zugehörigkeitsgefühls zu dieser Gesellschaft sowie ein sichtbares Engagement junger Muslime für die demokratischen Werte und unsere Gesellschaft.

Seit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 melden durchschnittlich 200 Personen aus diesen beiden Ländern monatlich ihren Wohnsitz in Mannheim an. Vor 2007 waren es 50 pro Jahr. In Mannheim bleiben durchschnittlich 1.000 von den 2.400 Neugemeldeten – auch als Auswirkung der strikten ordnungsrechtlichen Interventionen. Zuwanderer aus diesen beiden sogenannten EU-2-Staaten zählen mit insgesamt nunmehr fast 12.000 Personen zur fünftgrößten Herkunftsgruppe in der Stadt. Wir begegnen dieser Herausforderung mit Integrations- und Teilhabeförderung durch das Maßnahmenpaket SOE. Dazu gehören im Einzelnen ein kommunaler Integrationsfonds, aus dem rund 15 Maßnahmen jährlich gefördert werden und das muttersprachliche Beratungs- und Begleitungsangebot ANIMA als Kooperationsprojekt der Stadt mit der Wohlfahrt. Gefördert wird es über das EU-Programm EHAP 2016-2018 sowie der Folgeförderung 2019-2020. Zur Stärkung von Migrantenselbstorganisationen (MSO) gab es einen Zusammenschluss von acht aktiven Organisationen zum Interkulturellen Haus Mannheim e.V. auf FRANKLIN zur Schaffung eines Ortes der interkulturellen Begegnung sowie als Ort der Bildungsförderung und des Empowerments.

Nach dem Chancengleichheitsplan für die Stadtverwaltung, gilt 2020 der Gleichstellungsaktionsplan für die Stadtgesellschaft. Nach wie vor arbeiten wir an der Umsetzung der Istanbul Konvention. Ebenfalls erfolgreich umgesetzt wurde vor kurzem das Frauennachttaxi.

#### 4. ZUKUNFTSTHEMA: DEMOKRATIE, ENGAGEMENT UND BETEILIGUNG

Kommunen sind ein wichtiger Teil des Staatsgefüges mit der Aufgabe, das Vertrauen in die Institutionen und damit in die Demokratie zu stärken. Darum war die Kommunalwahl ein wichtiger Gradmesser für das gesellschaftspolitische Klima. Die Wahlorganisation wird ständig weiterentwickelt unter Berücksichtigung von Wahlbezirken auf den Konversionsflächen. Außerdem wollen wir verstärkt moderne Medien zur Information der Wählerinnen und Wähler nutzen und die Wahl-Info-App ausbauen. Eingeführt haben wir auch die digitale Ratsarbeit, mit dem Ziel eines Vorlagenlaufs vom Vorlagenersteller bis zu den Gremienmitgliedern in digitaler Form.

Die Stadt Mannheim hat es sich zum Auftrag gemacht, die „lokale Demokratie“ zu stärken. Daher arbeiten wir vielfältig mit Bürgerinnen und Bürgern, Stadtgesellschaft, Politik und der Verwaltung zusammen. Diese Zusammenarbeit gilt es auszubauen. Um unsere Demokratie zu stärken, bleibt als wichtige Aufgabe, das Verständnis für die Stadt und ihr Funktionieren, ihre Herausforderungen und Antworten noch stärker zum Thema zu machen. Und es ist auch ein Auftrag der Verwaltung, Gelegenheiten zu schaffen, Demokratie lernen zu können. Hierfür sind neben dem Regelwerk Bürgerbeteiligung und dem Modell zur Kinder- und Jugendbeteiligung, auch unterschiedliche Kanäle zur Kommunikation und zur Herstellung von Transparenz von erheblicher Bedeutung. Die digitale Kommunikation zum Beispiel über Social Media oder auch das neue Beteiligungsportal bedürfen des Ausbaus. Um unseren Zielen näher zu kommen, wurden in der Vergangenheit einige Maßnahmen gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet. Sie befinden sich nun in der Umsetzung. Darunter im Besonderen: Unser **Leitbild Mannheim 2030** und das Regelwerk Bürgerbeteiligung. Erwähnen möchte ich auch den neu konzipierten Mannheimer Beteiligungshaushalt. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, unsere Stadt zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Voraussetzung ist aber: All das muss gut gemacht, gemeinschaftlich getragen und umgesetzt werden. Wie zukunftsrelevant eine lebendige, von unserer Bürgerschaft insgesamt getragene Demokratie ist, hat der Gemeinderat im März dieses Jahres mit dem Beschluss des Leitbildes „Mannheim 2030“ bestätigt. Das Leitbild wurde mit einer umfassenden Beteiligung erarbeitet. Hervorheben möchte ich die positive Erfahrung in der Zusammenarbeit in Workshops mit sogenannten „Zufallsbürgern“. Sie diskutierten konstruktiv und intensiv miteinander über unser Leitbild. Für die Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass sich ALLE beteiligen können, um das Leben in unserer Stadt gemeinsam mit der Verwaltung und den Entscheidungsträgern zu gestalten – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad oder Herkunft. Es muss für alle Zielgruppen die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu beteiligen und sich zu einem bestimmten Thema zu äußern, gehört zu werden oder aktiv mitzugestalten. Deshalb haben Verwaltung und Gemeinderat ein Regelwerk erstellt, das für alle städtischen Vorhaben mit Bürgerbeteiligung gilt. In ihm werden unterschiedliche Arten der Beteiligung beschrieben, Ziele und Erfolgskriterien, Aufgaben von Politik und Verwaltung. Angebote wie Vorhabenliste, Beteiligungskonzept und Beteiligungsportal werden bei diesen Aufgaben helfen. Besonders die Vorhabenliste sorgt bei der Bürgerschaft, Verwaltung und Politik für einen sehr guten Überblick über das, was wir gemeinsam planen und „vorhaben“. Das Beteiligungsportal füllt sich und kommt seinem Anspruch als „Beteiligungsgedächtnis“ zu fungieren, näher. Der Beteiligungshaushalt wird neu aufgelegt - 500.000 Euro für die Umsetzung der besten Ideen! Der Beteiligungshaushalt ist an das Leitbild „Mannheim 2030“ gekoppelt. Die zehn erfolgreichsten Vorschläge werden der Öffentlichkeit im Rahmen einer Veranstaltung präsentiert. Die abschließende Bewertung wird dem Gemeinderat dann am 16. Dezember vorgelegt. Sie als Gemeinderat werden also darüber entscheiden, welche Ideen 2020/2021 umgesetzt werden.

Auch innerhalb der Stadtverwaltung gilt es, die im Leitbild Mannheim 2030 verankerten Strategischen Ziele konsequent zur Steuerung des Verwaltungshandelns heranzuziehen. Dazu haben wir die sogenannten.

TOP-Kennzahlen weiterentwickelt und mit den Strategischen Zielen des Leitbilds Mannheim 2030 verknüpft. Die Entwicklung der jeweiligen Indikatoren ermöglicht uns eine realistische Einschätzung, wo wir stehen und welchen Entwicklungsbedarf wir in den einzelnen Themenfeldern haben.

Mit der neuen organisatorischen Verankerung des Mannheimer Quartiermanagement e.V. verstärken wir den dezentralen Ressourceneinsatz in den Mannheimer Stadtteilen und Quartieren. Beschlossen ist bereits die Weiterentwicklung der Quartiersarbeit in Rheinau. Auch in anderen Stadtteilen werden wir die Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden und den bestehenden Quartiersinitiativen suchen, um durch abgestimmtes gemeinsames Handeln eine bessere Wirkung zu erzielen. Die Erfahrungen, die wir in den Projekten der Lokalen Stadterneuerung in der Neckarstadt-West und im Jungbusch gesammelt haben, werden wir in weiteren Quartieren nutzen. Insbesondere wird es darum gehen, die unterschiedlichen Dienststellen der Stadtverwaltung im Quartier besser zu integrieren und durch eine systematische Koordination abgestimmt zusammenzuarbeiten.

An der Schnittstelle von Engagement und Beteiligung, aber auch von Begegnung und Zusammenhalt ist die „Freie Szene“ zu verorten. Damit sind die in Mannheim lebenden und wirkenden Künstlerinnen und Künstler, Kulturvereine und Kulturinstitutionen gemeint, vom theater oliv bis zum EinTanzHaus, vom Einraumhaus bis zum Mannheimer Kunstverein, von der Gesellschaft für Neue Musik bis zum Kurpfälzischen Kammerorchester, von der Reihe Kunst am Neckar zu Veranstaltungshäusern wie Alte Feuerwache, um nur einige herausragende Beispiele zu nennen. Initiiert und getragen werden diese vielfältigen Aktivitäten häufig von engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie von Künstlerinnen und Künstlern. Die „Freie Szene“ leistet einen wesentlichen Beitrag zu den Zukunftsthemen der Stadt Mannheim. Die Szene ist in der Vergangenheit in verschiedenen Segmenten gezielt ausgebaut worden. Wenige „weiße Flecken“ sind zu konstatieren, zum Beispiel im Bereich der Ausbildung Bildender Künstler. Weitere Vernetzung und konkrete Projektarbeit über Kulturamt und kulturelle Stadtentwicklung stärken vor allem die Sichtbarkeit und Wirkung der freien Szene im städtischen Raum und den Stadtteilen.

## **5. ZUKUNFTSTHEMA: DIGITALISIERUNG, INNOVATION UND ZUKUNFTSFÄHIGE WERTSCHÖPFUNG**

Informationstechnologie (IT), Digitalisierung und insbesondere die Positionierung Mannheims als digitale Modellstadt gehören zu den großen strategischen Aufgaben sowohl der Stadtverwaltung als auch des kommunalen Konzerns. Heute gilt: Kein Business oder besser keine Stadtentwicklung ohne IT. Dies fängt bereits bei der Erhebung aktueller Datengrundlagen an und endet bei möglichst automatisierten Wertschöpfungsprozessen. IT ist heute der zentrale und unverzichtbare Treiber kundenorientierter Dienstleistung und effizienter Verwaltung.

Mannheim hat seit dem 12.03.2019 eine digitale Strategie, die kontinuierlich im Sinne einer „Smart City Strategie“ im Konzern weiterentwickelt wird. Aktuell hat Mannheim gemeinsam mit acht Stadt- und Landkreisen ein Förderersuchen beim Land Baden-Württemberg eingereicht, um die Erstellung einer gemeinsamen Strategie entsprechend finanzieren zu lassen.

Gemeinsames Handeln spart Ressourcen und ermöglicht technologischen Anschluss für alle Beteiligten. Die kommunalen Eigenbetriebe und Gesellschaften in Mannheim sind bereits zum Thema „Digitalisierung“ werden in die programmatische Weiterentwicklung aktiv einbezogen. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der MKB, die perspektivisch als Schlüsselakteur konzernweite Projekte vorantreiben soll. Die digitale Strategie Mannheims setzt auf die Tradition als Erfinderstadt. Die Stadtverwaltung hat einen Innovationsmanager etabliert, der IT- Innovationen und Entwicklungen beobachtet, zukunftsorientiert bewertet und Tests sowie Umsetzung vorantreiben wird. Die digitale Strategie sieht vor, alle Gewerbegebiete, Schulen, Bildungseinrichtungen sowie öffentliche Gebäude mit Glasfaser zu versorgen. Allein 2019 werden voraussichtlich 15 Schulen neu angeschlossen sein. Ein Vernetzungsplan wird ebenso noch 2019 vorliegen. Vorhandene Glasfaseranbindungen sind darüber hinaus Voraussetzung für die Nutzung von 5G, was besonders für „Smarte Produktionsstraßen“ der Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor ist.

Mit der Digitalisierungsstrategie wurde ein Maßnahmenkatalog mit fast 40 Projekten verabschiedet. Einige sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt umgesetzt, wie zum Beispiel die Unterstützung einer Software zur Ermöglichung des Frauen-Nachttaxis oder das Angebot von über 100 neuen digitalen Antragsmöglichkeiten zu Dienstleistungen der Verwaltung. Im November wird der Abarbeitungsstand berichtet.

Für die Bürgerdienste mit ihren jährlich über einer Million Bürgerkontakten ist ein gut strukturierter Zugang zu den behördlichen Anliegen eine besondere Herausforderung. Die digitalen Serviceangebote sollen insbesondere durch Implementierung in das Bürgerportal erweitert werden. Die Erreichbarkeit soll optimiert werden unter anderem durch ein textbasiertes Dialogsystem und den Mängelmelder im 7/24 Zugang erweitert werden.

Die Verwaltung verbessert mit der flächendeckenden Einführung der Kita Info-App in allen städtischen Tageseinrichtungen für Kinder ab dem Jahr 2020 die Kommunikation mit den Eltern. Im Rahmen eines sukzessiven W-LAN-Ausbaus der Tageseinrichtungen, wird die Infrastruktur und damit die Grundvoraussetzung für eine Nutzung digitaler frühkindlicher Bildungsangebote geschaffen.

Zusätzlich zum Leitmedium mannheim.de ist der Launch unseres „Bürgerportals“ geplant. Über dieses werden den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Serviceleistungen der Stadt Mannheim bereitgestellt. Das Portal bildet die Schnittstelle zu Verwaltungsverfahren und soll eine medienbruchfreie Bearbeitung der Bürgeranliegen sicherstellen. Bis Anfang des Jahres 2020 wird ein Konzept für den Relaunch der digitalen Auftritte der Stadt Mannheim erstellt. Es geht dabei auch um die Fragen: Welche Synergien können geschaffen werden und wie können diese gemeinsam die Marke Mannheim unterstützen? Im Konzept ist außerdem die Frage zu beantworten, wie die Stadt Mannheim als moderne Stadtverwaltung künftig erfolgreich mit ihren Bürgerinnen und Bürgern über digitale Medien kommunizieren kann und welche neuen Technologien und Dienste sie dabei im Blick haben muss, die dieses Vorhaben unterstützen können. Natürlich hat die Digitalisierungsstrategie das Ziel, barrierearm zu sein.

Mit der Erstellung der Gemeinwohlbilanzen in vier Unternehmen haben wir einen ersten wichtigen Schritt gemacht, soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit in Privatunternehmen zu verankern. mg:gmbh, FnF, GBG und EBS haben in diesem Jahr einen Einstieg in die Gemeinwohlberichterstattung vorgenommen. Die Tochterunternehmen der Stadt Mannheim nehmen hierbei eine Vorbildfunktion ein und treiben so den Wandel hin zu



einer nachhaltigen Unternehmenslandschaft. Für eine zukunftsfähige Wertschöpfung ist die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur in Mannheim unabdingbar.

Die Wirtschaftsförderung hat im Rahmen ihrer Foresight-Aktivitäten bereits damit begonnen, sich mit möglichen Auswirkungen eines konjunkturellen Abschwungs auf den Wirtschaftsstandort auseinanderzusetzen. Die Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen, um dem konjunkturellen Abschwung zu begegnen, hat bereits begonnen und wird laufend den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst.

Zu den grundständigen Aktivitäten und Strategien gehört die Sicherung des Einzelhandelsstandorts Mannheim. Der Einzelhandel ist ein großer Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber mit rund 12.500 Beschäftigten. In den bundesweiten City Rankings der Maklergruppe Comfort wird Mannheim als „absolutes Einzelhandelsschergewicht“ in Deutschland bezeichnet und die Plankenneugestaltung als „neuer Impuls und Verbesserung der Aufenthaltsqualität“ benannt. Das soll so bleiben. Die Attraktivität wird sichtbar in Neuansiedlungen und Investitionen, beziehungsweise in Projekten nach Plankenumbau und in der positiven Entwicklung in der Breiten Straße. Die Stadt begleitet jeweilige Neuansiedlungen und Investitionen intensiv.

Ein weiterer Ausbau der Gründungsinfrastruktur erfolgt durch den neuen Bauabschnitt 2b des MAFINEX-Technologiezentrums. Die Stadt Mannheim wird damit erstmals über eine gemeinsam nutzbare Prototypenwerkstatt – den Makerspace – und Räume für Acceleratoren – also junge Technologiefirmen in der frühen Gründungsphase- verfügen. Der Baubeginn wird im Frühjahr 2020 sein. Die GreenTechBranche ist mit über 330 Milliarden Euro Marktvolumen alleine in Deutschland und jährlichen, prognostizierten Wachstumsraten zwischen sechs und zehn Prozent ein gigantischer Markt. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind nicht nur ökologische sondern auch Innovations- und Wirtschaftsthemen. Dem wollen wir mit einem Gründungszentrum Energie und Umwelt Rechnung tragen.

Schon jetzt ein Erfolgsmodell ist der MMT-Campus. Die Entwicklung und Vermarktung des Mannheim Medical Technology Campus läuft sehr erfolgreich - gemeinsam mit Ausbauplänen der medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg. Bereits heute ist absehbar, dass dort weiteres beschäftigungsintensives Wachstum erfolgen wird. Deshalb muss jetzt die Entwicklung weiterer Flächen im Umfeld des MMT-Campus vorbereitet werden, wie zum Beispiel die Vorbereitung der Ansiedlung eines neuen Fraunhofer-Instituts im Themenfeld Digitale Transformation der Gesundheitswirtschaft.

Mit dem Netzwerk smart production, der Modellquartier FRANKLIN und der besonderen Profilierung Mannheims im Bereich der Mobilität erweitert die Stadt gezielt ihr Portfolio an Wirtschaftsklustern, die sie aktiv betreut.

Erfolgreiche Talent- und Standortkampagnen sowie die Vernetzung mit den Hochschulen, stabilisieren bestehende Strukturen und ziehen neue, auch internationale Unternehmen an. Die Internationalisierung wird über Verwaltung und städtische Gesellschaften zugleich aktiv betrieben. Beispielsweise wird die Internationalisierung des Life Science Accelerators Baden-Württemberg (Gründungsunterstützung) vorangetrieben, um die Attraktivität des Programms auch international darzustellen. Die Durchführung eines internationalen Events Ende Mai 2020 ist mit Stakeholdern aus Barcelona, Edmonton (Kanada), Straßburg und Israel geplant.

Das regionale Projekt „Welcome Center Rhein-Neckar“ der Stadt Mannheim in Kooperation mit der Stadt Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis, stärkt die Internationalisierung der Stadtgesellschaft durch die Beratung internationaler Fachkräfte und durch die Unterstützung Mannheimer Betriebe bei der Gewinnung dieser Fachkräfte – insbesondere auch im Hinblick auf das in Kraft tretende Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2020. Durch das Angebot „International Students Welcome“ des „Welcome Center Rhein-Neckar“ für internationale Studierende in Mannheim und Heidelberg wird zusätzlich die Internationalisierungsstrategie der Hochschulen und insbesondere der Universität Mannheim verstärkt.

Die erfolgreiche Arbeit des Beteiligungsfonds wird fortgeführt. Da eine Aufstockung der finanziellen Mittel mit EU- und Landesmitteln nicht möglich war, wurde auf Initiative der Wirtschaftsförderung der VC Fonds Rhein-Neckar gegründet. Beteiligte sind ISB Rheinland-Pfalz, die MBG Baden-Württemberg sowie unter anderem die Sparkasse Rhein-Neckar-Nord und die VR Bank Rhein-Neckar.

## **6. ZUKUNFTSTHEMA: KLIMA, UMWELT UND ALTERNATIVE MOBILITÄT**

Die Stadt Mannheim bekennt sich zur Klimaneutralität. Sie erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von hoher Priorität an. Unter dem Eindruck der sich beschleunigenden Entwicklung haben wir Ihnen deshalb mit dem Haushalt auch einen Dringlichkeitsplan vorgelegt, der in den nächsten Wochen diskutiert und im Rahmen des Haushalts beschlossen werden soll. Er wird unsere bereits vorhandenen Bemühungen beschleunigen.

Die im UN-Sonderbericht des Weltklimarats dargestellten negativen Folgen der globalen Erwärmung sind bereits spürbar und werden sich in den nächsten Jahren verschärfen. Der Sonderbericht zeigt die drastischen Folgen weiterer globaler Erwärmung auf und unterstreicht die Notwendigkeit und den dringenden Handlungsbedarf, die CO<sub>2</sub>-Emissionen radikal zu senken, um die Überschreitung dieser Begrenzung und die damit einhergehenden Folgen noch verhindern zu können. Bei der notwendigen Transformation hin zu Klimaneutralität und Klimaresilienz, spielen Städte eine wichtige Rolle. In den Städten entstehen die höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen und Städte stellen sich ihrer Verantwortung konsequent, Maßnahmen für den Klimaschutz und für die Folgen des Klimawandels umzusetzen. Es zeigt sich, dass die bisherigen Anstrengungen im Klimaschutz in ihrer Wirkung nicht ausreichend sind, internationale Vereinbarungen, Ziele der EU und der Bundesrepublik Deutschland und selbstgesetzte städtische Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Stadt Mannheim ist in vielfältiger Weise dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel verpflichtet. Sie engagiert sich dafür aktiv in internationalen Netzwerken. Die Stadt Mannheim hat sich in ihren strategischen Zielen und ihrem Leitbild „Mannheim 2030“ konkret dazu verpflichtet, eine „klimagerechte – perspektivisch klimaneutrale – und resiliente Stadt zu werden, die Vorbild für umweltbewusstes Leben und Handeln ist. Um dies zu erreichen, muss die Stadt mit städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung noch stärker in ihr Handeln, ihre Strukturen und in ihre Prozesse integrieren.

Im April dieses Jahres beschloss der Gemeinderat das Konzept „Anpassung an den Klimawandel in Mannheim“ mit fachbereichsübergreifenden Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, die überwiegend auch zum Klimaschutz beitragen und die teilweise schon umgesetzt werden: Eine Begrünungskampagne zur intensiveren Nutzung des

Förderprogramms zur Begrünung von Dach-, Fassaden und Entsiegelungsflächen wurde aufgesetzt, eine Messkampagne für Daten zur Fortschreibung der Stadtklimaanalyse ab September 2019 ist in Umsetzung, mit einem klimastabilen Wald-Umbau des Stadtwalds wurde begonnen, mit dem Ziel, die Schutz- und Erholungsfunktion zu erhalten und weiterhin als wesentliche CO<sub>2</sub>-Senkung zu dienen. Als Folge aus den Klimaveränderungen, müssen in Zukunft auch die Aufwendungen für Stadtwald, Grünflächen- und Baumpflege gesteigert werden. Der Wald und Stadtbaumbestand ist durch die Trockenphasen in 2018 und 2019 Baumkrankheiten und Sommerstürme erheblich geschädigt. Den Herausforderungen zum Erhalt des Waldes und der Stadtbäume müssen wir uns stellen und mit neuen Pflanz-, Pflege- und Bewässerungskonzepten reagieren. Die Stadt setzt in verschiedenen Handlungsfeldern Maßnahmen um. Im Bereich der Stadtplanung wurde bei der Konversion der ehemaligen US-Militär-Flächen in Mannheim mit einem hohem Anteil Grün eine wesentliche Chance für Klimaschutz genutzt. Neue Radwege werden geschaffen, der Radverkehr wird mit dem 21-Punkte-Programm konsequent gefördert. Seit Januar 2019 testet Mannheim als eine von bundesweit fünf geförderten Modellstädten, über einen Zeitraum von zwei Jahren, Maßnahmen zur Reduktion von schädlichen Emissionen und stellt insbesondere vergünstigten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Verfügung. Die wichtige und letztlich mit entscheidende Einbindung der Privatwirtschaft zur Zielerreichung und die Positionierung von Nachhaltigkeit als Standortfaktor, geschieht beispielsweise über die 2015 gegründete „Klimaschutz-Allianz“ der Stadt mit ansässigen Unternehmen oder über gezielte Veranstaltungen der Wirtschaftsförderung. Kampagnen für nachhaltigen Konsum sowie Umweltbildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen zielen auf Sensibilisierung der Bürgerschaft. Ebenso unterstützen Förderprogramme für mehr Energieeffizienz in Gebäuden und zur Nutzung Erneuerbarer Energien klimaneutrales und klimaangepasstes Handeln.

Zahlreiche Bestrebungen und Aktivitäten sind vorhanden. Sie sind in Tempo und Konsequenz der Umsetzung und im Ergebnis bislang aber nicht ausreichend.

Wir wollen deshalb eine Beschleunigung relevanter Maßnahmen, eine flächendeckende Integration des Ziels der Klimaneutralität in unsere Prozesse und ein zentrales Controlling des Ziels der Klimaneutralität.

Neben der grundlegenden Integration des Klimaneutralitätsziels in das Verwaltungshandeln und seiner koordinierten Überprüfung, liegen notwendige Maßnahmen mit signifikantem CO<sub>2</sub>-Effekt in den im Folgenden beschriebenen zentralen Aktionsfeldern Energieerzeugung und -versorgung, Gebäude und Infrastruktur, Mobilität sowie Grün in der Stadt. Um langfristige und flächendeckende Wirkungen in der CO<sub>2</sub>-Einsparung zu erzielen, sind neben den konkreten investiven Maßnahmen sowohl regulatorische als auch auf Verhaltensänderung ausgerichtete Maßnahmen erforderlich.

Die Stadtverwaltung setzt sich für eine Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien auch auf Mannheimer Gemarkung ein. Wir wollen über ein Zuschussprogramm die BBS in Kooperation mit der MVV in die Lage versetzen, großflächig und kurzfristig PV-Anlagen an Schulen zu installieren. Über eigene Investitionen wollen wir das auch im Gebäudebestand der Verwaltung tun.

Von besonderer Bedeutung - und höherer Komplexität - ist gegenüber der klimaneutralen Erzeugung von Strom die klimaneutrale Erzeugung von Wärme. Eine Strategie zur Dekarbonisierung der Fernwärme soll mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren der

Energiewirtschaft, insbesondere der MVV und der Stadtgesellschaft entwickelt und diskutiert werden. Modellhaft wird eine klimaneutrale Versorgung im Neubaubereich Spinelli angestrebt.

Eine nachhaltige Mobilitätsstrategie ist vom Gemeinderat beauftragt, die Programme zum Ausbau von Radverkehr und ÖPNV in diesem Haushalt erheblich. Die fairere Verteilung des Raums zwischen den Verkehrsträgern wird eine wichtige Rolle spielen. Kurzfristig wollen wir in Zusammenarbeit mit der MVV/rnv und dem VRN konzeptionelle Überlegungen zur deutlichen Erhöhung der ÖPNV-Anteile vorlegen. Zu überlegen ist auch, ob nicht eine sowieso angemessene Anpassung der Gebühren für Parkstände auf der Straße, für Maßnahmen des Klimaschutzes und umweltgerechter Mobilität verwendet werden sollten.

Auch für den Erhalt und die Ausweitung von Grünflächen und Baumbeständen sind zusätzliche Mittel eingeplant. Einerseits geht es um Klimafolgen, wofür die Aufwertung der innerstädtischen Grünanlagen und die Intensivierung der Pflege und die Bewässerung in Hitzeperioden sowie die Ausweitung von Dach- und Fassadenbegrünung und die Entsiegelung von Flächen wichtige Beiträge sind. Andererseits geht es um Grün als CO<sub>2</sub>-Senke. Die Sicherung der Stadtbäume und des Stadtwalds ist hier wesentlich. Sie haben natürlich darüber hinaus auch Schutz- und Erholungsfunktionen. Hitzeschäden müssen nachgeforstet werden, zusätzliche Baumpflanzungen und ein beschleunigter klimastabiler Wald-Umbau müssen erfolgen. Die Bundesgartenschau 2023 skizziert den Aufbruch in eine lebenswerte und klimaneutrale Zukunft und soll einen direkten Beitrag leisten.

Die Stadt selbst hat zwar nur einen begrenzten Handlungsspielraum, durch Maßnahmen an den stadt eigenen Liegenschaften signifikant CO<sub>2</sub> einzusparen und zur Klimaneutralität beizutragen. Doch sind die Vorbildwirkung und die planerischen Vorgaben in Bezug auf ihre Gebäude, die zu entwickelnden Quartiere und Liegenschaften, sowie bei der Bestandsicherung und dem Ausbau von Grünflächen mit entscheidend für die Erreichung der Klimaziele. Hier wird die Stadt in ihrer Zuständigkeit Einfluss nehmen auf die städtebauliche Planung und Entwicklung, auf Mobilitätsstrategien und Energiekonzepte bis hin zum Stadtgrün. Sie wird Standards vorgeben, regulatorische Maßnahmen ergreifen, Fördermittel bereitstellen und Anreize setzen. Nicht zu vernachlässigen ist der Einfluss auf ein verändertes nachhaltiges Bewusstsein und Verhalten, welches zum Beispiel den Verbrauch von Energie und Ressourcen kurzfristig um bis zu 20 Prozent und bis 2050 auf geschätzt bis zu 50 Prozent senken kann. Dies darf nicht vernachlässigt werden! Die Senkung des Verbrauchs ist zwingend, weil einerseits viele klimaschonende Technologien wie Erzeugung Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Elektromobilität zusätzlich Energie brauchen. Auch ist die Erzeugung energiesparender Produkte zunächst ein zusätzlicher Aufwand und CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Gerade kurzfristige Effekte sind ohne Verzicht und Umstieg kaum zu erzielen.

Mit dem Haushalt 2020/21 werden für die nächsten zwei Jahre fünf Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, die zum Teil weitere Investitionen nach sich ziehen sollen. Über 40 Millionen finden sie insgesamt als Auszahlungen in den benannten Feldern im Kernbereich der Stadtverwaltung, ohne die energiesparenden Anteile an Sanierungsauszahlungen. Wir haben uns bei neuen Maßnahmen auf die konzentriert, die messbare und signifikante Einsparungen unmittelbar beitragen können.

Schauen wir in die aktuellen und geplanten Beiträge zum Zukunftsthema Klima, Umwelt und alternative Mobilität:

Wir arbeiten an der nachhaltigen energetischen Sanierung des Gebäudebestands der Stadt Mannheim und an der Kontrolle der Verbräuche durch Energie-Monitoring, schnellere Behebung von Störungen oder das Erstellen von Wärmeschutznachweisen. Auch gehört dazu die energetische und substanzielle Sanierung der Straßenbeleuchtung, die leider erst jetzt Beschleunigung erfährt. Jedes Jahr stehen hier circa 5,7 Millionen Euro zur Verfügung. Bisher sind der erste Bauabschnitt Neckarstadt-Ost und Suebenheim fertiggestellt. Bei der Neckaruferbebauung steht der Baubeginn kurz bevor. Geplant und bis Ende 2021 fertiggestellt sind Blumenau, der zweite und dritte Bauabschnitt Neckarstadt-Ost. 2022 sind die Neckarstadt-West, Rheinau und Schwetzingenvorstadt geplant.

Wir bemühen uns auch um mehr Naturschutz auf unbebauten städtischen Flächen. Bei Neuabschlüssen von landwirtschaftlichen Pachtverträgen wird geprüft, ob ökologische Vorgaben, beziehungsweise naturschonende Bewirtschaftungsmöglichkeiten, wie der Verzicht oder die Reduzierung von Pestiziden umsetzbar sind.

Im laufenden Doppelhaushalt wurden die Berliner Straße und die Tattersallstraße zu Fahrradstraßen umgebaut. Sie sind bis Ende 2019 fertiggestellt. In 2021 wird mit der Planung der Luisenstraße zur Fahrradstraße begonnen, der Umbau erfolgt 2022. Der Ausbau erfolgt im Rahmen des 21-Punkte-Programms zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs. Unter dem Begriff der „Circular Economy“ rückt eine kommunale Leistung erneut ins Rampenlicht, die sich in Deutschland bereits seit vielen Jahren bewährt hat: die getrennte Sammlung, Erfassung und Verwertung von Abfällen durch die öffentliche Hand. In einer Kreislaufwirtschaft können die sortenrein erfassten Abfälle aufbereitet, recycelt und als Rohstoffe wiederverwertet werden, um natürliche Ressourcen zu schonen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sie nicht unter zweifelhaften Bedingungen exportiert werden.

Mit der Einführung der Wertstofftonne zum 01.01.2017 konnte die Sauberkeitssituation nachhaltig verbessert werden. Denn so werden neben den Leichtverpackungen nun auch Wertstoffe aus Metall und Kunststoff gesondert vom Restmüll eingesammelt und verwertet. Dabei bleibt es weiterhin unser Ziel, die alleinige kommunale Zuständigkeit für diese Wertstoffe zu erreichen.

Auch bei der verstärkten Abfallvermeidung sind kommunale Leistungen gefordert. Die Abfallwirtschaft Mannheim bewirbt an der Seite der Klimaschutzagentur die Einführung des Mannheimer Mehrwegbechers „Bleib Deinem Becher treu“ und unterstützt die Umstellung von Einweg- auf Mehrwegbechern bei Veranstaltungen. Dem hat sich zuletzt der SV Waldhof Mannheim angeschlossen. Darüber hinaus bietet die Abfallwirtschaft abfallpädagogische Leistungen an Kindergärten und Schulen an und führt eigene Kampagnen zur Vermeidung von Lebensmittelvergeudung durch.

Den meisten Bürgerinnen und Bürger ist der städtische Service vertraut, ihren Sperrmüll kostenlos auf Abruf entsorgen zu lassen. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass Sperrmüll einfach „wild“ im Stadtgebiet entsorgt wird. Die Abfallwirtschaft setzte daher ein zusätzliches Sperrmüllteam dafür ein, um solche Ablagerungen schnellstmöglich zu beseitigen. Für besonders Eilige bietet sie seit einigen Monaten zusätzlich an, Sperrmüll zweimal jährlich kostenlos auf den Recyclinghöfen abzugeben. Dafür ist vorher lediglich ein kurzer Anruf im Kundencenter erforderlich.

Die Eröffnung der neugestalteten Planken stellt hohe Anforderungen an die dortige Reinigung durch die Stadt. Nachdem die vorherige „fugenschonende“ Reinigungsweise nicht ausreichend war, um die hochfrequentierte Fußgängerzone und Einkaufsmeile attraktiv und sauber zu halten, hat die Stadt Mannheim im August 2019 nachgebessert.

Wie in anderen Städten auch, führt die Beseitigung von achtlos weggeworfenen Abfällen wie To-Go Einweggeschirr für die Stadtreinigung zu einem hohen Aufwand. Für nachhaltig saubere Städte ist es erforderlich, die Hersteller von Wegwerfprodukten auch für deren Beseitigung verantwortlich zu machen. In Umsetzung der EU-Verpackungsrichtlinie ist daher vorgesehen, die Hersteller an den Kosten der Straßenreinigung im öffentlichen Raum zu beteiligen. Kommunen wie Mannheim sollen dadurch von den Aufwendungen für die Beseitigung von typischen Wegwerfartikeln wie Fast-Food-Lebensmittelverpackungen, Getränkebechern und Zigaretten mit Kunststofffiltern entlastet werden. Auch Mannheim beteiligt sich an dieser Studie. Derzeit wird geprüft, wie hoch der Anteil der Wegwerfprodukte in den öffentlichen Abfallbehältern, auf den Straßen und Parks ist. Der BOD ahndet Müllsünder, auch in Zivil. Wir haben als eine der ersten Städte die Bußgelder für Kleinstmüll drastisch erhöht. Zu fragen ist allerdings, ob hier tatsächlich Preissysteme helfen oder nicht einfach Verbote für wesentliche Teile der Einwegverpackungen und -behälter angemessen wären.

Nach der Einführung der gebührenpflichtigen Reinigung der Gehwege in der Innenstadt und der Ausweitung auf den Jungbusch, hat sich der Sauberkeitsstandard in beiden Bereichen deutlich verbessert. Dasselbe gilt auch für die Sonderreinigung in der Neckarstadt-West.

Am 1. Januar 2020 nimmt der Eigenbetrieb Stadtraumservice seine Arbeit auf. Über den Zusammenschluss von Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, Grünflächenpflege und Tiefbau soll erreicht werden, dass der öffentliche Raum bedarfsgerecht gestaltet ist, ein hohes Maß an Aufenthaltsqualität bietet und zum Wohlbefinden der Menschen beiträgt. Zudem soll das Stadtbild auf Basis eines gemeinsamen Qualitätsmanagementsystems und abgestimmter räumlicher Standards sauber und gepflegt sein. Bis diese Synergien und das erwartete Mehr an Qualität erreicht werden kann, ist jedoch noch ein wenig Vorlauf erforderlich.

Auch der Klima- und Umweltschutz nimmt in den Zielen des neuen Eigenbetriebs eine zentrale Rolle ein. So wird die Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raums an die Folgen des Klimawandels angepasst. In seinem Fuhrparkmanagement und in der Beschaffung von dienstlich genutzten PKW, Transportern und technischen Arbeitsgeräten, setzt der Eigenbetrieb künftig verstärkt auf Elektromobilität. So wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2020 erstmals eine vollelektrische Kehrmaschine in den Dienst genommen werden.

Ob und wie sehr wir uns in unserer Stadt wohlfühlen, hat viel mit der Gestaltung des öffentlichen Raums zu tun. Zusätzlich zu den schon länger angegangenen Projekten, haben wir in diesem Handlungsfeld kurzfristig wirksame Maßnahmen definiert, um unsere Stadt lebenswerter zu gestalten.

Angesichts der Bedeutung des Themas wurden entsprechende Haushaltspositionen trotz der Haushaltskonsolidierung nicht, beziehungsweise nur geringfügig gekürzt. Gleichzeitig wurden für zusätzliche Anstrengungen entsprechende Haushaltsmittel eingesetzt.

## **Mobilität**

Seit August 2019 hat die Firma TIER Mobility ein E-Scooter-Verleihsystem in Mannheim gestartet. Zurzeit können knapp 500 E-Tretroller entliehen werden. Unter gewissen Rahmenbedingungen, kann diese Mobilität eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV als Zubringer für die letzte Meile und als Lückenfüller sein. Der VRN hat daher eine Marketingkooperation mit TIER gestartet und will die E-Scooter in die Mobilitätsauskunft integrieren. Um die E-Tretroller an klare Regeln zu binden, hat die Stadt Mannheim frühzeitig Gespräche mit den Anbietern begonnen und eine Selbstverpflichtungserklärung erarbeitet, die die Einhaltung

gewisser Verbote regelt, durch die die Anbieter sich aber auch zu Sozial- und Umweltstandards verpflichtet haben. Stadt und Polizei stehen in ständigem Kontakt zum Anbieter und sorgen mit Schwerpunktkontrollen und Aufklärung für einen möglichst sicheren und regelkonformen Umgang mit dem neuen Verkehrsmittel. Grundsätzlich sind jedoch auch Probleme mit E-Scootern aufgrund möglicher umweltbelastender Faktoren zu bedenken. Die Stadt Mannheim arbeitet weiterhin daran, die Radkultur in der Stadt zu fördern und eine attraktive und sichere Radinfrastruktur für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu schaffen. Aktuelle Projekte sind vor allem der Radschnellweg Mannheim-Heidelberg, das 21-Punkte Programm und der Ausbau der Abstellmöglichkeiten. VRNnextbike hat sich als erfolgreiche Maßnahme für die ganze Region etabliert und wird gut angenommen. Es bietet eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Netz. Allein in Mannheim gibt es derzeit circa 290 Räder, weitere Verleihstationen sind derzeit in Planung und Abstimmung. Die Stadt Mannheim investiert jährlich circa 100.000 Euro für das Verleihsystem. Im Rahmen **Sofortprogramm Saubere Luft** wird es ab 2020 in Mannheim voraussichtlich auch die Einführung von Cargo-Bikes und E-Bikes im Mietsystem geben. Hierdurch wird das Angebot noch attraktiver und dabei das Fahrrad auch als Transportmittel für Einkäufe interessant. Aktuell läuft die Beschaffung neuer Stadtbahnfahrzeuge „Rhein-Neckar-Tram 2020“. Nachdem insbesondere die alten Stadtbahnen aus der Mitte der 90er Jahre an das Ende ihrer technischen Lebensdauer gekommen sind und noch dazu die Stadtbahnen oftmals zu geringe Kapazitäten für die steigenden Zahlen an Fahrgästen haben, beschafft die rnv erstmals Stadtbahnen für das gesamte Bedienegebiet. Hier sprechen wir über eine Gesamtinvestition von 265 Millionen Euro.

Unter dem Titel „Konversionslinie“ wurden verschiedene Maßnahmen gebündelt, die vom Kapazitätsausbau in besonders belasteten Bereichen über den barrierefreien Ausbau von Bestandhaltstellen und die Anbindung der Konversionsgebiete Turley, FRANKLIN und Glücksteinquartier, durch Neubaustrecken oder neue Haltestellen reichen. Nachdem die Stadt Mannheim bereits mit dem Projekt „Primove“ ein Vorreiter in der E-Mobilität war, wurde daran mit der Beschaffung der E-Busse „eCitaro“ für die Buslinien Franklin/Taylor seit April 2019 angeknüpft.

Im Rahmen des Projektes „Modellstadt Mannheim“ fördert der Bund bis Ende 2020 neue Konzepte für den Nahverkehr. Der Green City Masterplan wurde gemeinsam mit den Städten Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen erstellt. Ausgewählte Maßnahmen für welche der Bund eine Förderung bereithält, befinden sich in Umsetzung. So wurden beispielsweise im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung Förderanträge zur Elektrifizierung der kommunalen Fahrzeugflotte und zur Errichtung eines digitalen Parkleitmanagementsystems eingereicht und bewilligt. Weitere Bausteine sind der Verkauf von GreenCity-Tickets, Zeitkarten als Wochenkarten, Senkung des Grundpreises für den kilometergenauen Luftlinientarif mit dem „eTarif“ und die Erweiterung des Job-Tickets. In Zukunft wird Mobilität anders stattfinden als bisher.

## **7. ZUKUNFTSTHEMA:INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT, GLOBALE VERANTWORTUNG UND KONSUM**

Die Jahre 2018/19 waren entscheidend für den Bereich Europa und Internationales: Mit der UN 2030 Agenda wurde erstmals eine internationale politische Programmsetzung umfassend auf lokaler Ebene umgesetzt. Viele politische Akteure werden ihre Programmatiken an die UN 2030 Agenda anpassen (Bund / EU). Eine klare Orientierung an der UN 2030 Agenda

ermöglicht somit eine Fokussierung auf die zielgerichtete Transformation der Stadt und macht Mannheim in hohem Maße anschlussfähig an Programme übergeordneter politischer Ebenen. Ein Beleg für die Richtigkeit unserer Überlegungen ist unter anderem die Antrittsrede der neuen EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die zahlreiche Aspekte der UN 2030 Agenda aufgreift. Die Ziele der UN 2030 Agenda werden die politischen Prioritäten der kommenden EU Kommission maßgeblich determinieren. Mannheim hat sich dabei von Anfang an das Ziel gesetzt, Vorreiterfunktion zu übernehmen, was gelungen ist: Wir erhielten die höchste Bundesförderung für einen Umsetzungsprozess aller deutschen Städte. Mannheim legte als erste deutsche Stadt einen Voluntary Local Review (freiwillige lokale Überprüfung) vor und hat offiziell an der UN Vollversammlung der Vereinten Nationen letzte Woche teilgenommen - als Mitglied der deutschen Delegation.

Mannheim ist die einzige deutsche Stadt, die einen Vertrag über eine strukturierte Zusammenarbeit mit UN Habitat geschlossen hat. Außerdem wurde Mannheim ausgezeichnet mit dem Preis „Kommune bewegt Welt“ der deutschen Bundesregierung. Kommunale Entwicklungspolitik ist erstmals als strategisches Ziel der Stadt verankert. Es wurde eine eigene Personalstelle zur Umsetzung der Ziele in diesem Bereich geschaffen, die zu 90 Prozent durch den Bund finanziert wird. Die Projektarbeit in diesem Zusammenhang ist sehr erfolgreich: Projekte in der Türkei, in der Republik Moldau, der Ukraine und in den Palästinensischen Gebieten wurden und werden erfolgreich umgesetzt. Eine klare Werteorientierung steht hierbei im Vordergrund, insbesondere die Förderung der lokalen Demokratie und der Geschlechtergleichstellung. 2019 erhielt Mannheim unter anderem die Förderzusage des BMZ für eine weitere Projektzusammenarbeit mit Kilis zur Errichtung eines Bildungszentrums für geflüchtete syrische Frauen in der Türkei und zur Förderung der sozialen Kohäsion. Dabei handelt es sich um das größte deutsch-türkische kommunale Kooperationsprojekt. Dieses Projekt wurde unter enger Einbeziehung von in Mannheimerinnen und Mannheimern mit türkischem Migrationshintergrund und der islamischen Religionsgemeinschaft entwickelt. Ein besonderer Schwerpunkt der Stadt Mannheim liegt in der Unterstützung des herkunftslandbezogenen Engagements der in Mannheimerinnen und Mannheimern mit Migrationshintergrund. Entwicklungspolitische Projekte wirken somit im Ausland und haben eine integrationsfördernde Wirkung in Mannheim. Kommunale Entwicklungspolitik ist zugleich Ausdruck des Wunsches vieler Bürgerinnen und Bürger nach konkreten Beiträgen für globale Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Die Mitwirkung in internationalen Netzwerken wird ausgebaut und systematisiert: Mannheim nimmt eine zentrale Rolle im Global Parliament of Mayors und im United Cities and Local Governments (UCLG) dem Weltverband der Kommunen ein. Das führt zu Mehrwerten auf mehreren Ebenen: eine Erhöhung der Sichtbarkeit und Reputation der Stadt, wichtige Impulse für Innovationen sowie die Sicherstellung, dass politische Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene nicht gegen die Interessen der Städte getroffen werden. Die politische und finanzielle Unterstützung des Mannheimer Leitbildprozesses ist insofern auch das Ergebnis einer nachhaltigen Beteiligung der Stadt Mannheim in globalen Städtenetzwerken und im Rahmen von Organisationen wie UN-Habitat. Aber auch klassische Städtepartnerschaften bleiben im Fokus und werden weiterentwickelt: Am 30.11.2019 findet der Tag der Partnerstädte in Mannheim anlässlich der Partnerschaftsjubiläen mit Toulon, Chişinău und Haifa statt. Ziel wird es sein, die vielen Institutionen und Vereine in Mannheim, die sich für die Städtepartnerschaften engagieren, zu würdigen, aber auch die Frage zu beantworten, welche Rolle und Funktion unsere Partnerstädte künftig einnehmen.

Wir haben Europa im Blick: Die europäische Integration ist für eine Stadt wie Mannheim überaus bedeutsam. Wir erkennen aber auch, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist.



Mannheim engagiert sich für Europa, unterstützt die überparteiliche Europa-Union und den Europäischen Wettbewerb für Schulen. 2019 gab es eine erfreulich hohe Teilnahme Mannheimer Schulen und zahlreiche Mannheimer Preisträger beim Europäischen Wettbewerb. Im Ausschuss der Regionen engagiert sich Mannheim vor allem für die Belange der Städte in Europa.

Während der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 werden zwei bedeutsame Konferenzen in Mannheim stattfinden, die wir als Mitveranstalter verantworten: die Europäische Nachhaltigkeitskonferenz des Städteverbands ICLEI und der Europäische Sozialwirtschaftsgipfel der EU-Kommission. Wesentliche Debattenbeiträge aus Mannheim in den für die Umsetzung des Leitbildes wichtigen Themen sind zu erwarten, außerdem europaweite Aufmerksamkeit für Mannheim sowie zahlreiche hochrangige Gäste, die die Stadt besuchen werden. Die in Aussicht gestellte EU-Förderung in Höhe von 800.000 Euro für die Konferenz in Mannheim belegt das hohe Zutrauen in unsere Arbeit!

### **Schlussbemerkungen**

Eine Haushaltsrede kann nicht alle Aspekte kommunalen Handelns ansprechen – selbst wenn die Fülle der Themen den Eindruck erweckt. Die Themen der Haushaltsrede werden durch besondere Aktualität oder neue Akzente bestimmt. Sie sind nicht als „Wertung“ zu sehen.

Der Dank für die Arbeit, die sich im Haushalt der Stadt Mannheim abbildet, gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren Partnern, die wichtige Leistungen für die Stadtgesellschaft erbringen.

Für die Vorbereitungen zur Erstellung des Haushalts und der Haushaltsrede danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Dezernentenbank und den Dezernatsbüros, insbesondere Herrn Kollegen Specht und seinem Team, allen Fachbereichen und ihren beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der Kämmerei sowie meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Herren Raatz, Drakul, Bremeier, Frau Lehr, Frau Matzka, Frau Enzenbach dem Sekretariat mit Frau Dewald, Frau Schenk, Frau Günther - und insbesondere Herrn Walther.

Ich wünsche uns gute Beratungen, die die zentralen Themen in den Blick nehmen und das Ringen um die beste Idee, die das Interesse der Stadtgemeinschaft und die real erzielbaren Ergebnisse und Wirkungen in den Vordergrund rücken.

Es gilt das gesprochene Wort